

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lehrkinder, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Erk. 1041
Erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreizehnbaltige Zeile 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

Das Resultat der Urabstimmung der Verbandsmitglieder.

Von rund 31000 Verbandsmitgliedern haben sich leider nur 14273 Mitglieder an der Urabstimmung beteiligt. Die übrigen 54 pSt. der Mitglieder verweigerten auf die Ausübung ihres Stimmrechts, was sehr bedauerlich ist. Wie uns übernehmend von den Zeitungen verschiedener Jahrgänge berichtet wird, war eine große Anzahl weiblicher Mitglieder nicht zu bewegen, ihren Stimmzettel abzugeben, weil sie befürchteten, daß sie selbst von der zu beschließenden Erneuerung gar nicht betroffen werden. Nur in Dresden, Herford und einigen andern Orten dürfte es gelungen sein, das Gros der weiblichen Mitglieder zur Abgabe ihrer Stimme zu bewegen. Es wird aber auch berichtet, daß in gleicher Weise mit derselben Ausrede viele männliche Mitglieder in den niederen Beitragsklassen die Abstimmung verweigerten. Beides ist sehr zu bedauern. Von den 14273 Abstimmenden haben 7511 mit Ja gestimmt, 6693 mit Nein, während 79 Mitglieder den Stimmzettel unbeschrieben abgegeben, sich also wie die übrigen 54 pSt. der Mitglieder der Stimme enthalten haben. Mit 808 Stimmen Majorität ist also der Vorschlag der Statutberatungskommission des Verbandstages zum Beschluß erhoben, welcher lautet: Abänderung des § 14 des Statuts:

80 % Beitrag bei einem Wochenverdienst	bis zu M. 14
40 " " " " " "	über M. 14 bis " 18
50 " " " " " "	" 18 " 24
60 " " " " " "	" 24 " 28
75 " " " " " "	" 28 " 38
100 " " " " " "	" 38 " 38

Die Gewerbloßen-Unterstützung beträgt in der Beitragsstaffel zu M. 1 pro Tag M. 2 auch bei Arbeitslosigkeit und auf der Reise und nicht nur bei Krankheit (Gewerbs-

unfähigkeit), wie es bislang bei der freiwilligen Zugehörigkeit von rund 2000 Mitgliedern in der 1-Mark-Beitragsstaffel der Fall war.

Dieser Beschluß tritt sofort nach der hierdurch erfolgten Bekanntgabe in Kraft, und werden die Vorstände der Zahlstellen, die Kassierer und besonders die Hilfs- und Werkstattkassierer ersucht, nun alles daranzusetzen, daß der Beschluß auch in korrekter Weise zur Durchführung gelangt.

Wenn schon festgestellt werden mußte, daß sich fast nur die Mitglieder in den oberen Beitragsklassen an der Abstimmung beteiligt haben, so ist die Zahl der mit Ja Stimmenden nur in verhältnismäßig geringer Majorität gegen die mit Nein Stimmenden, wie ja auch auf dem Verbandstage die Zahl der Delegierten, die mit Ja stimmten, fast der die Wage hielt, die mit Nein stimmten (53 gegen 57 Stimmen).

Der Beschluß des Verbandstages betreffs der Beitragsregulierung in der obersten Staffel ist also durch die Urabstimmung berichtigt worden, und ohne Zweifel steht zu erwarten, daß dieser Beschluß der Urabstimmung zum Nutzen der Verbandsmitglieder in den oberen Beitragsklassen, aber erst recht zum Nutzen des Gesamtverbandes ausschlagen wird.

Selbstverständlich ist auch durch diesen Beschluß der freie Wille der Mitglieder mit geringerem Verdienst, in höheren Beitragsklassen ihre Beiträge zahlen zu wollen, nun sich dadurch das Anrecht auf höhere Unterstützung bei Streik und Arbeitslosigkeit zu sichern, nicht eingeschränkt, sondern wir sind überzeugt, daß davon immer mehr Mitglieder Gebrauch machen werden!

Der Verbandsvorstand.

J. A.: O. Allmann, Vorsitzender.

Die Gewerbeinspektion und das Bäcker- und Konditorgewerbe im Jahre 1912.

III.

Ueber die innere Einrichtung der Betriebe erfahren wir bei dieser Berichterstattung sehr wenig. Vom Bezirk Gumbinnen heißt es: In vielen Bäckereien war die Sauberkeit der Arbeitsräume und der Geräte zu beanstanden. Ein Bäckermeister wurde deshalb mit M. 3 und einer mit M. 60 bestraft. Ueber die Kellerbetriebe äußerte sich der Beamte vom Landespolizeibezirk Berlin folgendermaßen:

Während die größeren gewerblichen Unternehmungen jetzt fast durchweg in einwandfreien Betriebsräumen untergebracht sind, ist die Beschaffenheit der kleineren, ihre Stätte oft wechselnden Betriebe noch vielfach sehr zu wünschen übrig. Zu geringer Luftraum, schlechtes Licht oder unzureichende Lüftungseinrichtungen gaben in sehr vielen Fällen Veranlassung zum Einschreiten. Teilweise sind die Räume durch Vergrößerung, Erhöhung oder andere Verbesserungen geeigneter gemacht, oder die Betriebe sind in andere Räume verlegt worden. In verschiedenen Fällen mußte die Weiterbenutzung unzureichender Arbeitsräume verhindert werden, da sie bestimmten Vorschriften nicht genügen oder den geltenden baupolizeilichen Vorschriften nicht entsprachen. Besonders häufig waren es Kellerbetriebe, deren gesundheitliche Verhältnisse zu Beanstandungen Anlaß gaben. Solche Arbeitsräume in Kellern sind in den älteren Stadtteilen und Häusern leider noch zahlreich vorhanden, und findet man dort namentlich Fleischereien, Bäckereien usw. Wegen der billigen Miete bevorzugten kleine Unternehmer die Kellerräume, von deren Benutzung zu gewerblichen Zwecken die Behörde in der Regel erst Kenntnis erlangt, wenn der Betrieb schon aufgenommen ist. Die Ausführung von wirksamen Verbesserungen war dort meist nur mit unerschwinglichen Opfern, oft überhaupt nicht möglich. Die Behandlung derartiger Betriebe bereitet den Aufsichtsbehörden viel

Mühe und fand großen Widerstand, zumal auch dabei die Hausbesitzer stark interessiert waren.

Dann heißt es noch: Im Gegensatz zu den Hotelküchen wird in den Bäckereien noch häufig die wünschenswerte Sauberkeit vermißt. Die Besichtigungen ergaben, daß vielen Bäckern das richtige Gefühl für Reinlichkeit noch fehlt. In mehreren Fällen mußten Bestrafungen wegen ungenügender Reinhaltung herbeigeführt werden. Dagegen kann von Bromberg berichtet werden: Die zielbewusste aber milde Durchführung der Polizeiverordnung über die Einrichtung und den Betrieb von Bäckereien hat bei Neubauten selbst in kleinsten Orten oder auf dem platten Lande manche Arbeitsräume entstehen lassen, die als Vorbilder dienen können.

Im württembergischen Bericht lassen sich die Beamten wie folgt über die innere Einrichtung der Betriebe aus:

Dritter Bezirk: In der Einrichtung der Bäckereien ist auch gegenüber dem Vorjahr eine fortschreitende Verbesserung in gesundheitlicher Hinsicht wahrzunehmen. Anlässlich der Aufstellung neuer Oefen wurde auch auf eine der Ministerialverordnung vom 12. März 1909 entsprechende Verbesserung der Arbeitsräume gedrungen. Im Berichtsjahr kamen 34 Neu- und Umbauten zur Kenntnis der Gewerbeinspektion. Von wesentlichem Einfluß auf die schnelle Durchführung der Ministerialverordnung ist das schnelle Durchführen der Technik und die Konkurrenz-tüchtige Arbeit bevorzugt die neuen Ofensysteme und die Rotorbäckereien. Die in den letzten Jahren fortwährend gestiegenen Holzpreise haben manchen Bäcker veranlaßt, den alten Holzofen zu entfernen und den wirtschaftlich bedeutend besser arbeitenden Dampfbackofen aufzustellen. Sodann wird mancher Bäcker durch die Konkurrenz gezwungen, dem voranschreitenden Kollegen zu folgen. Das zeigte sich an einem größeren Bäckerei in dem Vorjahr in dem Bäckerei ganz veraltete Verhältnisse bestanden. Als einige Bäckermeister ihre Betriebe umgebaut und neu eingerichtet hatten, vermehrte sich auch ihre Kundenschaft. Die umliegenden Bäckereien waren, um der Konkurrenz standhalten zu können, gezwungen, ihre Betriebe ebenfalls umzubauen beziehungsweise besser einzurichten. Gegen den Gebrauch der Spud-

näpfe besteht der alte Widerstand. Sie werden nur selten benutzt; meistens liegen sie verstaubt unter Kulden, Sänten oder Regalen, wo die Benutzung ausgeschlossen ist. In vielen Bäckereien fehlen die Spudnäpfe gänzlich. Die Schuld wird dann auf den Lehrling geschoben, der die Spudnäpfe bei der Reinigung entfernt und nicht mehr aufgestellt habe. Auf bessere Reinigung der Arbeitsräume mußte oft gedrungen und in einigen Fällen mußte die Entfernung von Spunden aus den Arbeitsräumen verlangt werden.

Zweiter Bezirk: Einige sehr alte Betriebe wurden zur Verlegung ihrer Arbeitsräume genötigt, so zum Beispiel ein Betrieb, in welchem die Backstube direkt unter dem Backofen im Kellergehoß lag. In den bestehenden Betrieben nimmt die Verbesserung der Einrichtung ständig zu, in Neubauten ergeben sich in der Regel keine Anstände.

Von Hesse berichtet der Beamte in Offenbach über die Einrichtung zweier Bäckermeister mit M. 20 beziehungsweise M. 30, da die Arbeitsräume nicht sauber genug gehalten wurden. Im Bezirk Mainz wurde wahrgenommen: Die Polizeiverordnung über die Einrichtung und den Betrieb von Bäckereien haben auch weiterhin günstig gewirkt, indem an Stelle unhygienischer Backstuben neue gebaut oder die bestehenden den Vorschriften entsprechend umgebaut wurden. Im ganzen sind in dem letzten Jahre nicht weniger als 18 Bäckereibetriebe in der Provinz um- oder neugebaut worden. Wegen Nichtbefolgung der Reinlichkeitsvorschriften mußte auch im Berichtsjahre gegen eine Anzahl Bäckermeister strafend vorgegangen werden. Ebenfalls wird vom Bezirk Mainz berichtet, daß in den Bäckereien infolge Durchführung der Polizeiverordnung sich die Licht- und Luftverhältnisse erheblich verbessert haben. Wenn auch manche Verbesserungen Schwierigkeiten machten, so sind sie doch zum Teil auf entsprechende Anregung von den Inhabern selbst bezogen worden. Ein Teil der Bäcker konnte allerdings nur durch Polizeiaufgaben zu Umbauten veranlaßt werden.

So spärlich ist die Ausbeute über die Zustände im Bäckergewerbe; von den reinen Konditorzien

überhaupt keine Rede und es gewinnt den Anschein, daß diese Betriebe von der Revision überhaupt unberührt blieben. Noch mangelhafter scheint aber die Aufsicht über die Schokoladen- und Zuckerwarenfabriken usw. gewesen zu sein. Aus den Berichten der jüdischen Genossen ist darüber kein Wort herauszufinden und im preussischen Bericht werden nur in wenigen Bezirken über Vorgänge in diesen Betrieben berichtet. Vom Bezirk Steffen hören wir: Auch in den Zuckerwarenfabriken ist die Forderung der Arbeitszeit von bedeutendem Einfluß gewesen, da die Arbeit der Frauen und der Männer derart Hand in Hand geht, daß die Weiterführung des Betriebes nach Schluß der Arbeitszeit für die Arbeiterinnen nicht durchführbar ist. Die größte Zuckerwarenfabrik arbeitet daher an den Tagen vor den Sonntagen und Feiertagen nur sechs Stunden, bis 1 Uhr mittags. Während zweier Stunden am Nachmittage werden dann noch Reinigungs- und Instandsetzungsarbeiten vorgenommen. Ueber die Reichardtsche Webfabriks-Einrichtung berichtet der Beamte von Schleswig: Besonders erwähnenswert ist die von der Kakao-Kompagnie Th. Reichardt im Sandesbøl errichtete Speiseanstalt, die den Arbeitern für den außerordentlich geringen Preis von 5 1/2 ein schmackhaftes und reichliches (???) Mittagessen liefert; außerdem können für den Preis von 5 1/2 sogenannte Ganzportionen mit nach Hause genommen werden. Die Speisen bestehen aus Gemüse oder Hülsenfrüchten mit Kartoffeln unter Zugabe eines ausreichend bemessenen Fleischanteils. In der Fabrikhalle sind außer einem schmackhaften Salat täglich 24 Frauen beschäftigt. Jenseit werden durchschnittlich 600 Arbeiter und 700 Arbeiterinnen versorgt, das sind 90 pCt. der Arbeiterschaft; 1200 Portionen werden in den Speiseküchen und 100 Ganzportionen in der Familie verzehrt. Die Aufwendung für die Küche wurde für 1912 auf etwa M 5000 berechnet. Der Erlös für das Mittagessen fließt in die Arbeiterunterstützungskasse der Fabrik. Derselbe Kakao-Ertrag liefert außerdem während der Früh- und Vesperzeiten Frühstück, aus Kakao und Tee bereitet. Im Jahre 1911 wurden etwa 20000 Liter im Selbstkostenpreise von M 5000 verbraucht. Ein Ganznaber wird berichtet: Eine Webfabrik läßt nach Arbeits- schluß an jedem Abend durch einen profanen Lehrling protestantische Sprechstunden abhalten, dem ein mit den neuen Einrichtungen angelegentliches Opernprogramm zur Verfügung gestellt ist. Diese für Vermeidung der Schließungen durch Judenraub usw. genutzte Einrichtung wird sehr bewundert. Im Bezirk Esja wurde der Schokoladenfabrik die Genehmigung zur Heberarbeit für die Arbeiterinnen erteilt, weil eine übermäßige Gesundheitsbeschädigung der Arbeiterinnen zu befürchten war. Eine Klausur wurde aufgesetzt, erzwungen auf die Sonntagsarbeit zu verzichten oder einen Antrag auf Gesundheits- von Heberarbeit von höchstens 30 Tagen vorzulegen. Die Klausur ergab die Heberarbeit an 20 Tagen vor und erhielt darauf die Genehmigung mit der Einschränkung, daß die mit Heberarbeit beschäftigten Arbeiterinnen nicht zu den folgenden Sonntagseinstellungen herangezogen werden dürfen.

Ueber die von den Gewerkschaften vorgenommene Revision lauten die folgenden Zusammenstellungen folgen:

	1912	1913	1914
Bayern	3343	1437	929
Sachsen	1592	2363	1267
Preußen	1398	2141	1456
Württemberg	1457	1820	3019

Die Besuche der Gewerkschaften gegen die mit allen Umständen... die in den Händen der katholischen Geistlichen liegt in den Händen der katholischen Geistlichen, die als Mitglieder der Gewerkschaften dafür sorgen, daß die Gewerkschaften auch im Sinne dieser Partei erfolgen wird. Ein offenes Augenmerk... ein offenes Augenmerk...

Die Besuche der Gewerkschaften gegen die mit allen Umständen... die in den Händen der katholischen Geistlichen liegt in den Händen der katholischen Geistlichen, die als Mitglieder der Gewerkschaften dafür sorgen, daß die Gewerkschaften auch im Sinne dieser Partei erfolgen wird. Ein offenes Augenmerk... ein offenes Augenmerk...

Kirche und Gewerkschaften in Deutschland.

Die Besuche der Gewerkschaften gegen die mit allen Umständen... die in den Händen der katholischen Geistlichen liegt in den Händen der katholischen Geistlichen, die als Mitglieder der Gewerkschaften dafür sorgen, daß die Gewerkschaften auch im Sinne dieser Partei erfolgen wird. Ein offenes Augenmerk... ein offenes Augenmerk...

Deutschland Zentrum nennt, gemeinsam beteiligt sind. Bewegung wird versucht, dieser christlichen Arbeiterbewegung auch in den Vereinigten Staaten Eingang zu verschaffen. Abgeordnete der Reichspartei Deutschlands, so der Zentrumabgeordnete Giesberts, sind bereits in Amerika tätig gewesen, um dort die öffentliche Meinung und namentlich die Arbeiterschaft auf die neue Bewegung vorzubereiten. Es sind auch schon gewisse Einrichtungen getroffen und Agenten am Werk, um soziale Studienzettel zu schaffen und christliche Organisationen ins Leben zu rufen. Das hat wohl Veranlassung gegeben zu den vielerlei Anfragen über die christlichen Gewerkschaften in Deutschland, welche in letzter Zeit aus den Vereinigten Staaten an die deutsche gewerkschaftliche Landeszentrale, an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gelangt sind. Den Fragestellern wie auch andern Interessierten geben wir daher diese Darstellung über die Geschichte, die Tätigkeit und das Programm der christlichen Arbeiterbewegung. Hier sei vorweg bemerkt, daß es sich in folgendem nur handelt um die Arbeiterbewegung, die von katholischer Seite betrieben wird. Was in dieser Beziehung von evangelischer Seite geleistet wurde, ist zu geringfügig, um besondere Beachtung zu verdienen.

Die katholische Kirche hat sich in Deutschland schon sehr früh mit den Arbeitern beschäftigt. Gleich nach der deutschen Revolution im Jahre 1848 entstand der katholische Gesellenverein, dessen Gründer, der Geistliche Kellner, den doppelten Zweck verfolgte, die katholischen Handwerkergehilfen materiell und sozial zu heben, denn sie aber auch von den politischen Zeitverhältnissen fernzubehalten und für den katholischen Glauben zu retten. Der katholische Gesellenverein, der sich nur auf Angehörige des Handwerks erstreckt, hat sich bis heute erhalten. Er hat seine Einrichtungen: Gesellenhäuser, Nachmittags-, Sozialkurie

Da sollst nicht nur neue Mitglieder zu gewinnen streben, sondern auch helfen, die Gewonnenen der Organisation zu erhalten. Wenn du hier gleichgültig beiseite setzt, bist du ein Tor, denn du läßt dann die Früchte deiner eigenen Arbeit gleichsam ungenutzt wieder verderben!

immer weiter ausgedehnt und dadurch einen ansehnlichen Teil der katholischen Arbeiterschaft unter seinen Einfluß gebracht. Der katholische Gesellenverein steht vollständig unter geistlicher Leitung, sein Generalsekretär, der seinen Sitz in Köln hat, wird von dem dortigen Bischof ernannt, und ebenso sind die Leiter der örtlichen Niederlassungen Geistliche, deren Wahl vom Bischof bekräftigt werden muß. Der Gesellenverein hält sich gutes Einvernehmen mit der Gewerkschaften; in den wirtschaftlichen Kämpfen tritt er als Organisation nicht auf. Nach seinem Programm strebt er keine Politik, doch jedermann weiß, daß die Mitglieder von ihren gewöhnlichen Führern vollständig im Sinne der Zentrumspartei erzogen werden. Der katholische Gesellenverein zählt mit seinen Niederlassungen in Deutschland und der Schweiz 50000 Mitglieder.

Am Anfang der sechziger Jahre rief in Deutschland Lassalle die sozialistische Arbeiterbewegung ins Leben. Kurz darauf beschäftigte sich auch die katholische Geistlichkeit mit dieser und den Arbeitern, deren Zahl durch den Fortschritt der modernen Gewerbeindustrie beträchtlich gestiegen war. Bischof Kellner von Mainz stimmte in seinen Ideen überein und unter seinem Einfluß begannen sich zahlreiche jüngere Geistliche unter dem Arbeiterwohl und Wohlstand hier des Vorgehens der sozialen Erziehung. Es begann die Gründung der katholischen Arbeitervereine, die über den Bereich der Gewerkschaften hinausgingen und sich auch in das eigentliche Volkswesen. Das heißt die Industrie- und Bergbauarbeiter, wandern. Diese Arbeitervereine waren in den sechziger und sechziger Jahren recht zahlreich, nicht nur in ihren Heimorten, sondern auch in ihren sozialen Organisationen. In lebhaften Debatten und in Mäßen und Tönen, griffen sie im Konflikt mit den hohen Herren der Kirche und des Zentrums. Aber sie waren zu schwach, um sich gegen eine selbständige christlich-sozialistische Arbeiterbewegung zu stellen, sie lassen sich von der christlichen Arbeiterbewegung nicht unter dem Einfluß der Zentrumspartei und damit auf eine selbständige christlich-sozialistische Bewegung. Nach ihrem Programm besteht die Aufgabe der katholischen Arbeitervereine in der religiös-christlichen und der sozialen Erziehung ihrer Mitglieder. Der Leitung dieser Vereine liegt in den Händen der katholischen Geistlichen, die als Mitglieder der Gewerkschaften dafür sorgen, daß die Gewerkschaften auch im Sinne dieser Partei erfolgen wird. Ein offenes Augenmerk... ein offenes Augenmerk...

Ein offenes Augenmerk... ein offenes Augenmerk...

Ein offenes Augenmerk... ein offenes Augenmerk...

1871, als Vertretung des katholischen Volksteils. Die katholische Bevölkerung ist in Deutschland in der Minderheit, etwa zwei Drittel gehören dem protestantischen und nur ein Drittel dem katholischen Glauben an. Die Katholiken waren namentlich in Preußen lange Zeit vielfach zurückgesetzt und in ihren Interessen und Rechten benachteiligt worden. Um das in Zukunft zu verhindern, haben die katholischen Abgeordneten zur Gründung der Zentrumspartei zusammengeschlossen. Die Gründung dieser Partei erfolgte aber auch, um die Angriffe abzuwehren, die von Bismarck und den liberalen Parteien nach der Errichtung des Deutschen Reiches gegen die katholische Kirche gerichtet wurden. So entstand das innige Verhältnis von Kirche und Partei, so entstand jenes merkwürdige Gemisch aus religiösen und politischen Interessen, das man als Merkmal aus bezeichnet. Das Zentrum verteidigte im Parlament die Interessen der katholischen Kirche, wehrte die Angriffe ab und sorgte in der Folge dafür, daß der Einfluß auf die Volksmassen, namentlich auf die katholische Masse, immer mehr wuchs. Dafür stellte die Kirche dem Zentrum ihre reichen Mittel und ihr Heer von Geistlichen zur Verfügung, um die gläubige Masse dem Zentrum als Parteianhänger zuzuführen und zu erhalten. In Deutschland liegen die Dinge gegenwärtig so, daß der katholische Geistliche ein Viertel seiner Tätigkeit der Kirche und der Viertel der politischen Agitation, der Schulung der Massen im Dienste des Zentrums widmet.

Dieses Zusammenwirken von Kirche und Partei hat sich namentlich auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung gezeigt. Beide Teile müssen darauf sehen, die Massen auf ihre Seite zu bringen, und da in den modernen Industrielandern die Arbeiter diese Massen bilden, so ist die Verbindung mit der Arbeiterfrage, die Anwerbung und Organisation der Arbeiter die notwendige Bedingung. Da nun die Kirche in Deutschland mit großem Erfolge von der Sozialdemokratie umworben und angezogen werden, so ist es selbstverständlich, daß die von der Kirche Seite aus betriebene Arbeiterbewegung in Gegensatz zu der sozialistischen Arbeiterbewegung treten mußte. In der Tat bildet denn auch die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland weiter nichts als ein Kampfmittel, das sich dem Materialismus geschaffen hat zu dem Zweck, das Fortkommen des Sozialismus und der Klassenbewußtsein Arbeiterbewegung zu verhindern und sich die gläubigen Arbeiter als Anhänger zu erhalten. So die Gründung des katholischen Gesellenvereins im Anschluß an die deutsche Revolution von 1848, die Gründung der katholischen Arbeitervereine im Anschluß an den Niederkunft des politischen Lebens in Deutschland Anfang der sechziger Jahre und namentlich an die Gründung der sozialistischen Arbeiterpartei durch Lassalle. Auch die Entzweiung des dritten Zweiges der Reichspartei Arbeiterbewegung, der christlichen Gewerkschaften, beruht auf ein wichtiges politisches Ereignis an.

Als nun in den sechziger Jahren die sozialistische Bewegung in Deutschland emporschlüpfte, als die Zahl der sozialistischen Wähler wie der Gewerkschaftsmitglieder immer mehr zunahm, beschloß der Reichstag auf Betreiben Bismarcks das Sozialistengesetz. Dieses Gesetz schloß mit einem Schlage sämtliche Organisationen, politische wie gewerkschaftliche; umdrückte ihre Zeitungen, verbot ihre Versammlungen und legte die ganze sozialistische Agitation lahm. Zwölf Jahre langete dieses Gesetz auf der deutschen Arbeiterbewegung, ohne daß es den beabsichtigten Zweck erreichte. Was nicht öffentlich geschehen konnte, geschah im geheimen, und wie es häufiger und fruchtbarer Arbeit geleistet worden als unter dem Sozialistengesetz von den deutschen Arbeitern. Als im Jahre 1890 das Sozialistengesetz fiel, erhielt die Sozialdemokratie bei der Wahl zum Reichstag fast anderthalb Millionen Stimmen und war damit zur nächsten Partei des Reiches geworden. Auch die gewerkschaftliche Bewegung hatte sich in den letzten Jahren des Sozialistengesetzes wieder belebt und sie nun in die neunziger Jahre mit einem ansehnlichen und hoffnungsvollen Mitgliederbestand ein.

Die Lebenskraft und die Fortschritte der sozialistischen Arbeiterbewegung gab dem Zentrum zu denken. In den zwanzig Jahren, da die Sozialdemokratie gefestigt war, hat es sich nicht um die Arbeiter gekümmert. Nun aber, da der Sieg seiner Feinde lebte, sah es sich vorbestimmt an, um die gläubigen Massen vor sozialistischer Agitation zu schützen. Der berühmte Führer des Zentrums Windthorst, gab die Anregung zur Gründung des Volksvereins für das katholische Deutschland, einer Organisation, die im Laufe der Zeit die Mittelkraft für die politische christliche Arbeiterbewegung wurde und die auch den Anstoß gab zur Schaffung der christlichen Gewerkschaften. Der genannte Volksverein dient auch derhalb Bedeutung, weil die Arbeit besteht in schuldige Einrichtungs- und in Amerika einzuführen; einzelne Vorarbeiten sind auch schon gemacht.

Der katholische Volksverein dessen Leitung ihren Sitz in München-Bladbach einer ehemaligen Jesuitenanstalt, verfolgt die doppelte Aufgabe: die katholischen Arbeiter vor der Kirche wie auch dem Zentrum zu halten. Der Verein verfolgt die politisch-religiöse Doppel- des Materialismus in bündelnder Form. Er wird geleitet von den Führern des Zentrums und Geistlichen. Überhaupt wird keine literarische und agitatorische Arbeit verrichtet, nur gläubigen Geistes von Geistlichen und Laien. Ebenso ergeben der Kirche wie der Partei sind. Der Volksverein zählt gegenwärtig 700000 Mitglieder, die jährlich M 1 Beitrag zahlen. Aus dem M 700000, die auf die Seite zufließen, werden eine Fülle von Arbeitervereine, Dienstboten, Bauern, Handwerker und Arbeitervereine, Verwaltung von sozialen Kurien für Arbeiter, Handwerker, Landwirte und Bauern; Abhaltung von Versammlungen; Gründung von Jugend-, Arbeiter- und Arbeitervereinen; Gründung von Arbeitervereinen in Betriebsbetriebe; Veränderung von Steuern, die in der Vertiefung der katholischen Sache, in der Erlaubnis die Zentrumspartei; und die christliche Arbeiterbewegung im Einfluß der christlichen Gewerkschaften, Betriebsbetriebe. Der katholische Volksverein ist das stärkste und die politisch Arbeit des deutschen Materialismus auf dem Boden. Sozialen und apolitischen Gebieten; es ist immer die eine wertvolle Kampfmittel.

Die Urabstimmung in den Zahlstellen.

Zahlstelle	Es stimmten Mitglieder mit Ja	Es stimmten Mitglieder mit Nein	Es enthielten sich der Stimme
Bezirk Danzig			
Danzig	84	7	
Nicht berichtet			
Summa	84	7	
Bezirk Breslau			
Breslau	106	13	
Nicht berichtet			
Erzgebirg	7	13	
Waldenburg			
Summa	113	26	
Bezirk Götting			
Nicht berichtet			
Götting	90	11	
Wesertal	4		
Götting-Sorau	25	1	
Springenberg	7		
Meißenhain	6	4	
Summa	132	24	
Bezirk Berlin			
Berlin	1638	946	51
Brandenburg	45	5	
Landesberg	12		
Gerstede	20	2	
Eintracht	116	37	
Summa	1832	990	54
Bezirk Magdeburg			
Magdeburg	51	3	
Halle	25		
Halbendorf	49		
Magdeburg	265	194	
Sandau	5	5	
Langenmünde	31		
Summa	367	208	
Bezirk Hannover			
Hannover	10		
Hameln	25	55	
Hannover	153	49	5
Wiedersheim	9	7	
Bodden	5		
Summa	202	111	5
Bezirk Hamburg			
Hamburg	10	3	
Hamburg	525	787	8
Hamburg	15	69	
Nicht berichtet			
Summa	550	857	8

Zahlstelle	Es stimmten Mitglieder mit Ja	Es stimmten Mitglieder mit Nein	Es enthielten sich der Stimme
Bezirk Lübeck			
Lübeck	4	4	
Lübeck	23	59	
Oldesloe	11	4	
Rostock	16	8	
Schwentin	38	2	
Summa	92	78	
Bezirk Kiel			
Kiel	92	10	
Kiel	92	76	1
Nennmünster	8	1	
Summa	192	87	1
Bezirk Bremen			
Bremen	154	3	
Bremerhaven	25	35	
Oldenburg	Nicht berichtet		
Rüstringen	13	21	1
Bergefeld	22		
Summa	214	59	1
Bezirk Leipzig			
Leipzig	3	25	
Leipzig	164	404	4
Meuselwitz	6	26	
Schmölln	5	9	
Summa	178	469	4
Bezirk Chemnitz			
Chemnitz	108	85	
Chemnitz	22	2	
Tombach	6	14	
Chemnitz	26	4	
Wauer	Nicht berichtet		
Schleiz	4		
Jenichau	18	13	
Summa	194	118	
Bezirk Dresden			
Dresden	259	1896	2
Nicht berichtet			
Leipzig			
Summa	259	1896	2
Bezirk Halle			
Halle	47	5	
Halle	152	93	
Jena	29	12	
Halle	9		
Rudolphsdorf	21	2	
Weißenfels	26	2	
Leitz	109	27	
Summa	386	71	

Zahlstelle	Es stimmten Mitglieder mit Ja	Es stimmten Mitglieder mit Nein	Es enthielten sich der Stimme
Bezirk Erfurt			
Apolda	25		
Nicht berichtet			
Coburg			
Erfurt	30		
Gotha	38	9	
Hannau	13		
Oberweißbach	2		
Sonneberg	27	3	
Stadtilm	3		
Erfurt	27	1	
Summa	165	13	
Bezirk Hersfeld			
Hersfeld	5	95	
Hersfeld	254	59	2
Eschwege	14	6	
Summa	273	160	2
Bezirk Gießen			
Nicht berichtet			
Borchers	16	28	
Eschwege	14	48	
Gießen	92	68	
Eschwege	11	5	
Hagen	Nicht berichtet		
Ludwigsfeld	12	7	
Summa	145	151	
Bezirk Gelnhausen			
Gelnhausen	4		
Eschwege	3	13	
Eschwege	13	55	
Gelnhausen	61	53	
Hemstede	7	23	
Solingen	27	6	
Hierfen	9		
Summa	124	160	
Bezirk Frankfurt a. M.			
Frankfurt	89	44	
Frankfurt	277	219	2
Frankfurt	7	1	
Biegen-Weimar	16	5	
Giessen	11		
Hamburg u. d. H.	16	2	
Summa	416	271	2
Bezirk Koblenz			
Koblenz	43	2	
Koblenz	54	19	
Koblenz	124	15	
Summa	221	36	

Zahlstelle	Es stimmten Mitglieder mit Ja	Es stimmten Mitglieder mit Nein	Es enthielten sich der Stimme
Bezirk Mannheim			
Mannheim			
Nicht berichtet			
Kaiserslautern	43	106	
Soarbrücken	25	14	
Summa	73	120	
Bezirk Straßburg			
Colmar	9		
Nicht berichtet			
Freiburg			
Weg			
Colmar	36	9	
Mülhausen	13	24	
Straßburg	59	14	
Summa	111	47	
Bezirk Stuttgart			
Nicht berichtet			
Wütemberg a. N.	85	81	
Eßlingen			
Stuttgart	85	81	
Summa	85	81	
Bezirk Nürnberg			
Nürnberg	79	2	
Hof	21	1	
Nicht berichtet			
Martinsried	390	355	
Schweinfurt	28	1	
Würzburg	24	50	
Summa	356	459	
Bezirk Regensburg			
Regensburg	21		
Hugsburg	44		
Landshut	43	79	
Passau	15		
Regensburg	144	24	
Strasbourg	42	2	
Summa	314	105	
Bezirk München			
Bad Reichenhall	38	11	
München	304	137	
Rosenheim	40	7	
Traunstein	19	1	
Summa	401	156	
Einzelmitglieder der Hauptkaffe			
Einzelmitglieder der Hauptkaffe	20	3	
Jahresges. im Verband 1911	6893	79	

Errichtung einer städtischen Bäckerei in Stuttgart.

Über die geplante Errichtung einer Bäckerei für die städtischen Arbeiter- und Arbeiterinnen in Stuttgart, waren wir bereits berichtet. Der Bürgerausschuss beauftragte in seiner Sitzung am 10. Juli mit diesem Zweck. Unter Vorsitz des Kollegen Rapp, beruhte die Besprechung, um in einer längeren Rede auf die Wichtigkeit der Errichtung einzugehen. Er führte nach dem Inhalt des Berichtes unter anderem aus:

Keine Herren, es ist über die Errichtung einer städtischen Bäckerei schon sehr viel gesprochen und geschrieben worden und auch viel Unrichtiges. Ich will mich auf einiges eingehen, weil gerade auch der Herr Rapp dabei Bezug genommen hat.

Was hat schon in der Finanzkommission davon gesprochen, daß durch eine solche Bäckerei das Kleinhandwerk gefördert würde. Meine Herren, das ist nicht richtig, denn wie schon herabgehoben wurde, der städtischen Bäckerei ein bestimmtes Bezugsgebiet von vordereilen vorzuziehen wäre und ein Becken an alle nicht nachhänge, das eine Konkurrenz gegenüber dem Bäckerhandwerk ausgeschlossen wäre. In übrigen kommt in der Besprechung zum Ausdruck, daß auch das städtische eine Bäckerei hat, und ich kann sagen, daß es die Rolle von Bäckereien in Stuttgart gibt, die das gut machen müssen und diese Konkurrenz auch noch nicht verpaidieren.

Es ist die Behauptung aufgestellt worden, daß die Bäckereien, die an die städtischen Arbeiter- und Arbeiterinnen geliefert werden, wünschenswert sehr mangelhaft seien. Ich ist zurechtend in Bezug auf die Qualität und Quantität. Ich kann da aus eigener Erfahrung sprechen.

Es wird dann von den Vertretern des Bäckerhandwerks an der Besprechung für die Stadt für wegen der gegenwertigen mangelhaften Unterbringung der städtischen Bäckerei nichts verdient. Ja, meine Herren, wenn daraus nichts verdient ist, warum will man den besten Zustand festhalten und streift sich so sehr gegen die Errichtung einer städtischen Bäckerei und behauptet, man müsste das Bäckerhandwerk, wenn man eine städtische Bäckerei errichte! Es ist richtig, daß an dieser Besprechung nicht viel verdient sein kann, daß gebe ich ohne weiteres zu, weil Unterbringungen von 30 und mehr Prozent vorzukommen. Wenn Bäckereimeister ihre gute Ware liefern wollen, so ist das zu einem solchen Preise nicht möglich. Man kann aber dann nicht sagen, man müsste das Bäckerhandwerk, wenn die Bäckereimeister überhaupt nichts verdienen.

Es wird in der Besprechung weiter behauptet, es seien überhaupt schon viel zu viel Bäckereien da und es behauptet deshalb kein Bedürfnis, eine weitere Bäckerei zu errichten. Daß so viele Bäckereien vorhanden sind, das ist natürlich nicht die Schuld der Stadt Stuttgart. Die Schuld trifft vielmehr die Bäckereimeister selbst, und zwar liegt sie in der unverantwortlichen Verhaltensweise der Bäckereien. Die Bäckereien bilden durchschnittlich im Jahre 150 Lehr-

linge aus und nur 10 Päder werden Pädereimeister. Es sind also jedes Jahr 140 Päder übrig, die kein selbständiges Gewerbe ausüben können. Daher kommt die Überfüllung. Wenn dann auf der anderen Seite die Lieferungsbedingungen für die Bäckereimeister zu ungünstig sind, so steigt auch die Schuld daran nicht die Stadtverwaltung. Die Bäckereimeister können so billig liefern, weil sie so billige Arbeitskräfte haben und durch die Ausbringung von Lehrlingen sich so billige Arbeitskräfte verschaffen. Der Lieferant für das städtische Bezugsgebiet in Stuttgart zum Beispiel ist in diesem Jahre schon mindestens viermal zur Anzeige gebracht worden, weil er seinen Lehrling wiederholt über die gesetzlich zulässige Arbeitszeit hinaus beschäftigt hat. Meine Herren, die Stadt hat die Verpflichtung, den Arbeiter einwandfrei Beschäftigung zu liefern, und diese kann sie nur in eigener Bäckerei und unter ständiger Kontrolle herstellen. Damit schadet sie nicht dem Bäckerhandwerk und überhaupt keinem Handwerk. Die Bäckereimeisterzeitung behauptet nun: „Dann sind alle seine hygienischen und sanitären Argumente, die er (Gemeinderat Klein) für einen Regierbetrieb gegenüber einem privaten ins Feld führt, hinfällig, sie halten den realen Verhältnissen nicht stand. Die Annahme des Gemeinderates Klein, daß die Bäckereien aus den städtischen Bäckereien in hygienischer und sanitärer Hinsicht nicht immer einwandfrei seien, ist für das Stuttgarter Bäckerhandwerk geradezu eine Verleumdung und gerichtet daselbst bei den Konsumenten in Verfall zu bringen.“

Meine Herren, ich meine, so sind sollen die Bäckereimeister in Stuttgart nicht auftragen, denn sie haben tatsächlich keine Gelegenheit, in dieser Weise vorzugehen, sie sollen mit solchen Behauptungen doch vorsichtiger sein. Ich behaupte zum Beispiel, daß in Bezug auf hygienische Einrichtungen und ganz besonders in Bezug auf Reinlichkeit sich in Stuttgart sehr viele Mängel ergeben, und diese Mängel ergeben sich trotz der bestehenden Verordnungen. Ich will natürlich nicht behaupten, daß es in allen Bäckereien nur die sanitären Zustände schlecht bestellt sind, aber in einem großen Teil der Bäckereien ist das der Fall. Ich will nicht wieder darauf eingehen, sondern bloß anführen, daß beispielsweise die Toiletten, die im Jahre 1909 erlassen wurden, sind wohl auf dem Papier stehen, daß aber die bestehenden Verhältnisse damit in keinem Einklang stehen. Es ist Tatsache, daß im Jahre 1909 auf dem Bäckereimeisterverbandstag in Fall der Referent ausgeführt hat, daß beispielsweise in Heilbronn von 103 Bäckereien nur 29 den Bestimmungen der Verordnung entsprechen. Die Verordnung verlangt unter anderem, daß vor Beginn der Arbeit Hände und Arme zu reinigen seien — auch in dieser Richtung wird viel festgestellt —; das Essen und Trinken auf den Arbeitstischen ist verboten, auch dagegen wird viel festgestellt. Die Backräume sollen von Ingepfaffen fre gehalten werden. Auch in dieser Beziehung lassen die Bäckereien viel zu wünschen übrig. Meine Herren, ich kann Ihnen eine ganze Reihe von Verordnungen, nicht von Sozialdemokraten, sondern von anderen Seiten, zum

Bezug bringen. Ich will mich aber möglichst kurz fassen (Beifall) und nur sagen, daß beispielsweise in dem Jahresberichte des Gewerbeaufsichtsbekamtes im Königreich Württemberg für 1912 auf Seite 27, wo von den Bäckereien die Rede ist, zu lesen ist: „Gegen den Gebrauch der Spucknapfe besteht der alte Widerstand. Sie werden nur selten benutzt, meistens liegen sie verstaubunter Mulden, Fässchen oder Regalen, wo die Benutzung ausgeschlossen ist. In vielen Bäckereien fehlen die Spucknapfe gänzlich. Die Schuld wird dann auf den Lehrling geschoben, der die Spucknapfe bei der Reinigung entfernt und nicht mehr ausgehüllt habe. Auf bessere Reinigung der Arbeitsräume mußte öfter Gedulden und in einigen Fällen mußte die Entfernung von Spucken aus den Arbeitsräumen verlangt werden.“

Meine Herren, wir haben unter den Bäckereimeistern in Stuttgart Erhebungen angestellt und Anfragen über ihre Arbeitsverhältnisse gehalten, ganz besonders auch über die Wohnverhältnisse. Es ist kein Zweifel, daß gerade auch die Wohnverhältnisse, besonders bei den Gehilfen, einen Einfluß auf die Reinlichkeit ausüben. Ich habe hier einige Resultate der angefertigten Erhebungen mitgebracht. Ich will sie nicht alle vorlesen, aber einige möchte ich Ihnen bekanntgeben. Hier heißt es zum Beispiel: Das Schlaflzimmer lag viel zu mangelhaft ab, es ist viel zu eng, zum Anziehen muß man sich auf die Betten stellen. Hier habe ich einen Fragebogen, der über folgende Reinigung liegt: Hier heißt es: Es hat Schwaben, Wanzen... das Wehl ist von den Käufen angegriffen und verunreinigt, wird aber trotzdem verarbeitet.“

Meine Herren, es kommt in Stuttgart vor, daß wenn in Bäckereien Mehl auf den Boden fällt, es wieder zusammengekehrt, ausgefegt und verwendet wird. Es kommt unter das Strotmehl, wird gegeben und wird von dem Publikum benutzt. Ganz besonders typisch dafür, wie es in Bezug auf die Reinlichkeit in den Stuttgarter Bäckereien aussieht, ist ein Fall. Ich will gerade einmal diesen Fall etwas näher behandeln. Ich sah mich am 22. Mai dieses Jahres veranlaßt, an die Gewerbeaufsicht eine Anzeige zu erstaten. (Beifall: Zur Sache!)

Zurückender Oberbürgermeister Lautenschlager (dem Redner unterbrechend): Das gehört aber doch nicht zu dem Antrag auf Errichtung einer Bäckerei. (Beifällige Zustimmung.) Ich bitte, zur Sache zu reden.

Bürgerausschussmitglied Rapp (fortsetzend): Es handelt sich darum, ob in den Stuttgarter Bäckereien in sanitärer und hygienischer Beziehung ein Mangel besteht oder nicht. Dieser Vorwurf ist klar erhoben worden und deshalb muß ich darauf eingehen. Mindestens werden meine Ausführungen nicht länger sein als die eines Teiles meiner Vorredner. (Bürgerausschussmitglied Gauder: Das gehört doch nicht zur Sache!) Es gehört zur Sache.

(Widerspruch, Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)
Die betretende Bäcker wurde von dem Landeswirtschapsinspektor kontrolliert, aber auch von der Polizei. Und trotz dieser polizeilichen Kontrolle wurde eine ganze Reihe von Mängeln übersehen. So zum Beispiel wurde zu derselben Zeit, als diese Kontrolle vorgenommen wurde, in der ein Mehl verboten - Sie können es hier einsehen, ich habe ein Muster davon hier - das gerade zu gesundheitlich gefährlich ist. Dieses Mehl wird heute noch in einer Südtiroler Bäckerei verwendet, und zwar in einer Bäckerei, die nicht ein Kleinbäckerei, sondern eine der ersten Bäckereien von Südtirol ist. Ich habe das Mehl gemischt untersuchen lassen und es wurde folgendes festgestellt: Das von Herrn Fritz Lang hier überbrachte Mehl zeigte einen muffigen, schimmeligem Geruch. Das Mehl zeigte auch unter dem Mikroskop zahlreiche Pilzfäden. Es ist somit als verdorben im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes zu bezeichnen. Und ich habe auch ein weiteres Beweismaterial bei mir ein Zeugnis. Meine Herren, es werden solche Zeugnisse verwendet. Man kann schon von weitem riechen, wie diese Mägen stinken. Und die Leute müssen dann das fest essen, das auf solchen stinkenden Mägen hergestellt worden ist. Meine Herren, wenn die Zustände so liegen, dann hat man alle Ursache, sich eingehend mit der Frage zu beschäftigen, ob es nicht notwendig ist, für die Stadt eine städtische Bäckerei zu errichten.

Meine Herren, es ist als Kuriosum mitzuteilen, daß in der Bäckerei, von der ich eben gesprochen habe, eine Tafel hängt, auf der steht: „Gier herrscht Ordnung.“ (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokraten haben zunächst für das Projekt der Errichtung einer städtischen Bäckerei gestimmt, aber nachher uns diese Pläne wieder, können wir schon sagen, daß wir uns eine städtische Bäckerei anders denken, als die hier vorgelesen ist. Das hätte unter keinen Umständen eine entsprechende Bäckereifrage geben können. Sie könnten deshalb dem Projekt nicht mehr zustimmen und haben aus diesem Grunde heute einen Antrag nicht mehr gestellt. Aber prinzipiell sehen wir auf dem Standpunkt, daß es zu den Aufgaben der Stadtverwaltung gehört, damit es ja gesagt, daß das Brot, das in den städtischen Institutionen konsumiert wird, in gesundheitlicher Beziehung in einwandfreier Weise hergestellt wird.

Meine Herren, Sie werden sich erinnern, daß vor einigen Wochen es ein Vertreter der Volkspartei, der Herr Kollege Bayer, gewesen ist, der hier eine Interpellation eingebracht hat, wie es mit den Mühlwänden in der Südtiroler Bäckereien bestellt sei. Meine Herren, wir waren heute noch auf die Beantwortung dieser Interpellation. Und warum? Weil das geht aus den Akten hervor, die auf die Angelegenheit liegen haben - der Herr Referent bei dem Herrn Kollegen Bayer angefragt hat, ob er es für zweckmäßig halte, daß diese Interpellation öffentlich behandelt werde, wobei er betonte, dadurch könnte eine ganze Reihe von Bäckereien in Unausgesprochenheit kommen. Dann heißt es in diesen Schlußworten: Darauf hat der Herr Kollege Bayer geantwortet, dann verzichtete er auf die Beantwortung der Interpellation. (Lachen lach.) Meine Herren, die Sache liegt doch so: Wenn die bürgerlichen Parteien sich dazu nicht ausgesprochen hätten, daß diese Mühlwände abgebaut ist, so geschähe das nicht aus irgendwelchen unbilligen Gründen, sondern einfach aus parteipolitischen Gründen. (Widerspruch.) Es geschieht deshalb, weil man auf ihrer Seite den Beweis liefern will, daß man hier als Leiter des Handwerks wirkt. Mit der Errichtung einer städtischen Bäckerei wird aber das Handwerk nicht ruinieren. Meine Herren, diejenigen, die das Handwerk ruinieren, die sind meistens ja selber in ihnen in den Städten, welche angeblich, dem Handwerk helfen zu wollen.

Die sozialdemokratische Funktion liegt auf dem Standpunkt, daß eine städtische Bäckerei, wo die Geschäfte nicht sehr mit Rohstoffe bei dem Arbeiter zu rechnen haben, für die städtischen Arbeit und Arbeiterwohlleistungen eingerichtet werden sollte. Sie behaupten uns das, bei geeigneter Gelegenheit, wenn die Bäckerei nicht in ein Geschäft kommen wird, einen Antrag zu stellen, dann, wenn ich Gelegenheit gibt, mit der Garantie geboten ist, daß eine gesunde und gesonderte Bäckerei zu errichten ist. Gar ein solcher Antrag werden wir überhaupt zu stellen, und wir behaupten uns mit einem Antrag zu stellen.

Auf diese städtischen Funktionen und die durch sie verbundenen einzelnen Aufgaben gegen die Bestimmungen in der Südtiroler Bäckereien herrschenden Mängel, kann die Vertreter der bürgerlichen Parteien nicht erwidern. Sie erwidern ja selber in persönlichen Verhandlungen gegen den Referent. Was man sich aber der sozialdemokratischen Redner der Regel als durch diesen Antrag auf Lang.

Wenn der Antragsteller bei seiner Gewerkschaft der Stadt hier in Leipzig eingetreten ist, so handelt es sich nicht um 1000 Mitglieder, er hat es ja bei einem Geschäft? Er hat mit einem einzigen Geschäft, das diese Sache behält. (Lachen lach.) (Lachen lach.) Herr Lang, der ja lange genug in der Südtiroler Bäckerei gearbeitet hat, nennt er sagte und sagte, daß er heute nicht mehr. (Lachen lach.) (Lachen lach.) Ich habe heute kein Hand für Sie auf, und ich habe heute, daß die städtische Bäckereifrage nicht mit einem solchen Antrag, sondern mit einem Antrag, den Sie heute nicht stellen können. Wenn ein Antrag in Bezug auf die Bäckerei nicht in irgendeiner Beziehung nicht mit dem Handwerksrat in der Südtiroler Bäckerei vereinbart ist, so ist der betreffende Antragsteller nicht berechtigt, sich irgendwelchen Anträgen zuwenden, sondern er muß den Antrag vor dem Rat stellen, und nur dann, wenn es sich um den Antrag und die Bäckerei in der Südtiroler Bäckerei.

Kollege Lang gab ihm aber eine Antwort, die sich über schwächliche Jammerschreie hinter dem Spiegel stellen kann.

Herr Kollege hat ausgeführt, einen solchen Bäckergesellen wie mich hätte er keine sechs Wochen behalten. Meine Herren, das ist persönlich (Geheerheit und Zustimmung.) Nur, meine Herren, ich habe ja bei Herrn Bäckmeister Kälberer schon gearbeitet (1909). Fischer (Gut! Gut!), und zwar im Jahre 1904, aber nicht er hat das Arbeitsverhältnis gelöst, sondern ich habe es nach ganz kurzer Zeit gelöst (Gut! Gut!), und zwar ohne zu kündigen, ersiens deshalb, weil ich es bei Kälberer in seiner Bäckerei nicht aushalten konnte (Große Geheerheit), zweitens, weil ich nicht gemocht und auch nicht willens war, abends, wenn ich zum Beginn der Arbeit in die Backstube kam, erst den Hundstot zusammenzulehren (Lachen), und drittens, weil Herr Kälberer zu der Zeit, als ich bei ihm gearbeitet habe, eine Spitallieferung an das Bürgerhospital gehabt und für dieses ein Brot verantwortlich war, daß es einfach unverantwortlich war, ein solches Brot an eine städtische Kasse zu liefern. Aus diesen Gründen erlaube ich, bin ich allerdings keine sechs Wochen bei Herrn Kälberer geblieben. (Lachen. Das ist eine Beleidigung!)

Bürgermeister Oberbürgermeister Dautenschlager (der Redner unterbrechend): Ich möchte Herrn Lang bitten, solche Bemerkungen zu unterlassen. Das sind nicht mehr bloß persönliche, sondern beleidigende Bemerkungen.

Späteres am 16. August
der 11. Verhandlung für 1912
(17. bis 21. August) folgt.

Bürgeramtsmitglied Lang (fortfahrend): Eine beleidigende Bemerkung war es, wenn Herr Kälberer sagte, einen Bäckergesellen wie mich würde er keine sechs Wochen behalten.

Der Herr Kollege Kälberer stimmte nicht. Das ist eine Sache, mit der die sozialdemokratische Gewerkschaften schon seit Jahrzehnten streiten geht. Wie man! Warum erhebt denn Kälberer nicht Klage gegen die Verwalter dieser Kasse? Für die Südtiroler Bäckereimeister und ihren Führer war der 10. Juli kein ruhmreicher Tag.

Die Krankenkassen im Jahre 1912.

Die jeweilige wirtschaftliche Lage ist maßgebend für die Gestaltung unserer gesamten Lebensbetätigung. In einem ganz besonderen Maße aber ist der Stand der Krankenkassen besonders für die Ergebnisse der Krankenkassenversicherung. Viele Vorgänge in der Krankenkassenversicherung und mit dem Verhalten des Arbeitsmarktes eng verknüpft. Eine allgemeine wirtschaftliche Krise wird ja auch immer zu einer Krise für die Krankenkassenversicherung.

Seit einigen Jahren erleben wir wieder in der Zeit einer guten Konjunktur. Das kommt auch unabweislich in den Betrieben der Krankenkassen zum Ausdruck, ganz besonders in denen der großen Ortskrankenkassen. Die Kräfte wirken in jeder Linie die gewöhnliche Arbeiter-klasse, also jene Personengruppe, auf welche die wirtschaftlichen Schwankungen den größten Einfluß haben. Eine lange Veranlassung der Gewerkschaften der großen Ortskrankenkassen ist daher sehr verständlich, und zwar um so mehr, als die wirtschaftliche Situation der Krankenkassenversicherung nicht nur immer sehr veränderlich erseht, sondern auch über eine Reihe wichtiger Fragen keinen Ausschluß gibt.

In allgemeinen bezeichnen die Kräfte das Jahr 1912 als ein sehr günstiges. Die Ortskrankenkasse Leipzig, die größte überhaupt vorhandene Krankenkasse, erhöhte ihren Mitgliederbestand von 19436 im Jahre 1911 auf 206190 im Jahre 1912. Ihre Kasse für die Arbeiterfonds betrug 540 416. Bei der Ortskrankenkasse Dresden betrug sich der Mitgliederbestand von 121998 im Vorjahr auf 138022 im Berichtsjahr. Die vereinnahmten Beiträge erreichten die Höhe von 4.700.300. Sie führt die Ergebnisse auf die verhältnismäßig wirtschaftlichen Verhältnisse des Berichtsjahres zurück. Die Ortskrankenkasse Frankfurt a. M. erhöhte ihren Mitgliederbestand um 12311 auf 119680 und ihre Beitragsvermehrung um 4.000.000 auf 42 Millionen Mark. Die Ortskrankenkasse München wuchs es auf 144910 Mitglieder. Die Gewerkschaften an Beiträgen verminderten sich um 4.000.000. Die Städte Berlin, Hamburg und Breslau haben leider ein recht unglückliches Krankenkassenjahr erlebt. Sie besitzen jetzt noch unzulängliche Ortskrankenkassen mit relativ sehr geringen Mitgliederzahlen. Von den großen Kassen der gesamten Städte hatte die Ortskrankenkasse für Konstante in Berlin im Berichtsjahr 1912 13133 und im Berichtsjahr 1911 13077 Mitglieder durchzuführen. Die verminderten Mitglieder verminderten sich um 119, die verminderten aber um 918 geht. Die Ortskrankenkasse für Konstante in Berlin hatte 2214 Mitglieder. Die Gewerkschaften erhöhte sich um 4.000.000 auf 4.200.000. Bei den Mitgliedern weiterer Gewerkschaften Kassen sieht man sehr geringe Angaben gemacht. Chemnitz 2700, Charlottenburg 4300, Barnum 4100, Schöneberg 2012, Plauen 6100, bei drei Ortskrankenkassen Baffelburgs 53843, Kettstilla 2374, Gumbrecht in Köln 17265, Allgemeine Wagbeburg 9350 u.ä.

Es ist nicht bezweifelnd, daß Kräfte von allgemeiner gewerblicher Zusammenfassung der Kräfte in der Krankenkassenversicherung. Es ist nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch, und zwar meistens, auch mehr die Ausgaben gegenüber. Obwohl die Gewerkschaften in der Krankenkassenversicherung sind und von anderen Seiten, außer daß bei vielen Kassen die Zahl der Kranken zu. Es verminderten sich zum Beispiel bei der

Ortskrankenkasse der Konstante in Gumbrecht die Krankenkasse der männlichen Mitglieder um 102, bei der weiblichen um 184 geht. Bei der Ortskrankenkasse Cottbus kamen auf 100 männliche Mitglieder 37 (32) Erwerbsfähigerleistung. Aber nicht nur die Ausgaben an Krankengeldern steigen fortgesetzt, auch die sonstige Erhöhung der Preise für alle Dinge, die sich im gesamten wirtschaftlichen Leben bemerkbar macht, übt ihren Einfluß auf den Stand der Krankenkassen aus. Die Krankenkassen werden immer höher, die Höhe der Beitragsbeiträge und damit die Aufwendungen für Arzneien und Heilmittel werden immer mehr hinausgeschoben, die Verbesserungen an die Verwaltung werden immer umfangreicher und diese damit immer teurer usw. Dazu kommen noch weitere Momente. Ganz abgesehen von der fortwährenden statutarischen Erweiterung der Kassenleistungen ist auch sonst die Durchführung der Krankenversicherungen immerhin etwas liberaler geworden. Es wird die specialärztliche Behandlung häufiger gewährt, Miltz, Nieren und ähnliche Störungen und Hilfsmittel mehr bezahlet, Unterbringung in Sanatorien und Genesungshäuser. Die Kassen sind verpflichtet, sondern nur berechtigt sind, oft durchgehender usw. Dieser Ausbau der Leistungen, dem sich keine Kasse hat entziehen können, erfordert natürlich höhere finanzielle Opfer. Bei vielen Kassen hat daher in den letzten Jahren eine Beitragserhöhung vorgenommen werden müssen, um das nötige Gleichgewicht der Ausgaben mit den Einnahmen wieder herzustellen. Waren früher Beiträge von 3/4 bis 4 pZt. vom durchschnittlichen Lohn noch eine Sellenheit, so sind sie jetzt fast zur Regel geworden. Nicht wenige Kassen haben schon bis zu 5 pZt. gehen müssen. Im Zusammenhang damit steht auch, daß die Mehrzahl der Kassen den Beitragssatz (in Höhe des durchschnittlichen Jahresausgaben der letzten drei Jahre) auf den gesetzlichen Betrag noch nicht hat ansammeln können.

Vielmehr wurde der Geschäftsbetrieb der Kassen im Berichtsjahr schon von den neuen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung und der Angestelltenversicherung berührt. Die Maß der Kassenangestellten hatte zum Beispiel schon nach dem neuen Recht (getrennte Bestimmungen der Arbeitgeber und Versicherten) zu erfolgen. Mehrfach ist es deshalb schon zu Konflikten mit den Arbeitgebern, vereinzelt (wie in Chemnitz) auch mit den Behörden gekommen. Zur Durchführung der Angestelltenversicherung haben viele Kassen für ihre Beamten eigene Versichereinrichtungen geschaffen.

Im übrigen legen auch die Geschäftsberichte der Kassen auf das Jahr 1912 mit ihrer zu großen sozialstatistischen Materials wieder den Beweis für die großen Vorteile der Selbstverwaltung der Kassen ab. Überall ist reges, munteres Leben zu erbliden. Viele Kassen haben wiederum die Leistungen über das gesetzliche Mindestmaß hinaus ausgedehnt oder sonstige Einrichtungen im Interesse der Versicherten getroffen. Ob es unter der Herr der Reichsversicherungsordnung so bleiben wird?

Zur Ruhefrage in den Bäckereien und Konditorien.

In Nummer 30 der sächsischen Bäckereimeisterzeitung verfaßt ein Vollenberg einen Artikel, in welchem er sich mit dem Ruhefrage im Bäckergewerbe beschäftigt. In allem Überfließen ignoriert er sich mit „Nachdruck verboten“, und glaubt dadurch, daß seine Geschreibsel mehr Beachtung geschickt wird. Nur das ganze Glibbert einzuzeigen, haben wir keine Lust, denn es kommen keine neuen Gesichtspunkte zum Vorschein. Die Arbeit bewegt sich auf derselben Niveauring wie alle Notizen, die man bei früheren Gelegenheiten schon lesen konnte.

Der Ruhefrage ist undurchführbar, besonders in Sachsen mit der komplizierten Herstellungweise des feinen und guten Gebäcks. Das sagen die Unternehmer in anderen Gegenden ebenfalls. Durch das Ausschließen der Einführung des sechsunddreißigstündigen Ruhetages würde das gesamte Handwerk direkt forumpfunden. (?) Eine in ihren Folgen schier unübersehbare Verarmung eines so bedeutenen Gliedes des werktätigen Mittelstandes würde es sein und eine Überwucherung durch das spekulative Großkapital. Ein Hindernis zwischen oben und unten würde zerfallen, und damit würden die Klassenverhältnisse verschärft, wie es nur der Umkehrpartei erwünscht sein kann. Der Verfasser spekuliert sehr geschickt auf die soziale Rückständigkeit der Bäckereimeister und verfolgt offenbar den Zweck, wenn die sachlichen Gründe gegen den Ruhefrage nicht mehr ausreichen, daß dann künstlich der rote Cowper geschwenkt werden mag. Ganz neu ist aber die Behauptung, daß durch die gesetzliche Regelung der sechsunddreißigstündigen Arbeit in den Bäckereien und Konditorien die Klassenverhältnisse verschärft werden. Bis jetzt konnte jeder, der die wirtschaftlichen Kämpfe objektiv verfolgte, die Wahrnehmung machen, daß durch die Verfestigung der unmenslichen Ausbeutung die Klassenverhältnisse gemildert werden. Und eine unmensliche Ausbeutung ist es zweifellos, wenn jahrs, jahres, jahres an sieben Tagen in der Woche gearbeitet werden muß. Leider begreift ein großer Teil der Gehilfen das Gebirgsliche in der gesamten Frage nicht. Dieser humanistische Zustand müßte schon längst beseitigt sein, wenn die Gehilfen nur geschloßen hand anlegen würden.

Eine Rücksicht auf das Gewerbe muß vollständig abscheuen. Derart der Unternehmer vielerlei Rücksichten auf die Gehilfen haben wir schon genommen. Wir wollen die Unternehmer bestreben sich, die Gehilfen die trostlose Lage besser zu gestalten. Und dann wollen wir diese ja, wir wollen im Interesse des Gewerbes von unserer berechtigten Forderung Abstand nehmen. Gerade das Gegenteil ist zu verzeichnen, selbst wenn nur die möglichste Verbesserung gefordert wird. So war es früher bei dem Kampf gegen den Rest und Sozialpompange Arbeiter in den Gewerkschaften, so war es und ist es heute noch bei allen unseren Bewegungen gegen die Verfestigung großer Mißstände. Immer hatten wir, durch solche Forderungen wird das Handwerk ruiniert. Je mehr aber die Unternehmer mit solchen Rücksichten in die Öffentlichkeit gingen, um so weniger wurde ihnen geachtet geschickt. Das Gewerbe hat durch unsere Forderungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht im geringsten Schaden

gelitten, sogar Nerven hat es daraus gezogen, weil mancher Grundfibel damit befaßt werden konnte. Mit der abgebrochenen Nebenart, daß durch die gesetzliche Einführung eines wöchentlichen Ruhetages das Gewerbe einer schwer unübersehbaren Vernichtung anheimfiele, soll man uns nicht täuschen lassen. Wir können es nur als Verfehlung betrachten, weil keine sachlichen Momente gegen unsere berechnete Forderung ins Treffen geführt werden können. Nichts anderes ist bei den Beweggründen der Unternehmer die Triebfeder, als die Unkosten, die ihnen bei der Einführung des Ruhetages erwachsen. Die Unkosten sind aber so minimal, daß von einer nennenswerten Belastung der einzelnen Betriebe keine Rede sein kann. Dort, wo durch Tarifverträge mit unserer Organisation und den Innungen oder Einzelinnern der Ruhetag geregelt ist, wird die dadurch entstandene Mehrbelastung nicht zur Vernichtung, sondern zur Gesundung des Gewerbes.

Diese Frage kann aber für uns nur nebensächlich eine Rolle spielen. Die Motive, welche uns zur Durchführung der sechsstündigen Arbeitswoche veranlassen, liegen viel tiefer. Der Gesundheitszustand der Gehilfen läßt viel zu wünschen übrig. Eine Besserung kann aber erst dann eintreten, wenn es uns gelingt, die Arbeitszeit zu verkürzen und alle Zustände zu beseitigen, welche für den gesundheitlichen Gefahren sind. Wir handeln also nicht nur im Interesse der Gesamtgenossenschaft, sondern des gesamten Volkes. Unter solchen Gesichtspunkten können wir allerdings nicht die Interessen einer kleiner Gruppe schützen, die getragen sind von den niedrigeren Instanzen der Ausbeutung. Mögen Unternehmerföhlungen noch so viel gegen den Ruhetag ins Feld führen, sie werden aber nicht die Tatsache abtun können, daß durch die im Bäcker- und Konditorgewerbe übliche sechsstündige Arbeitswoche in grauenvoller Weise mit der menschlichen Arbeitskraft mißbraucht getrieben wird. Wir wünschen nur, recht bald darüber berichten zu können, daß sich die Gehilfenchaft wie ein Mann gegen den unwürdigen Zustand der sechsstündigen Arbeitswoche energisch zur Wehr setzt und durch ihr geschlossenes Auftreten sich überall den Ruhetag erkämpft. Auf die gesetzliche Zeitregung können wir noch lange warten. Das zeigt uns sehr deutlich das Ergebnis der letzten Reichstagsession hinsichtlich der sozialen Gesetzgebung. Die reaktionäre Mehrheit hatte keine Zeit, die Arbeitergesetzbestimmungen so zu gestalten, daß der lächerlichen Ausbeutung ein Riegel vorgeschoben wird. Also von hier haben wir auf wenig Hoffnung zu rechnen.

Die eigene Kraft müssen wir daher zur Anwendung bringen. Durch die Macht der Organisation haben wir schon viel erreicht, und es muß uns auch gelingen, Forderungen in die sechsstündige Ausbeutungswoche.

Die Arbeitslage

Die Berichte über die Arbeitslage der letzten Zeit lauten nicht besonders erfreulich und sie bestätigen, daß wir uns einer Krise in ziemlich raschem Tempo nähern. Beeinflusst wird eine Reihe von Gewerben in ungünstigem Sinne durch das Baugewerbe, das schwer darunterliegt und sich nicht erholen kann. Aus allen Teilen des Reichs liegen Klagen über die geringe Bautätigkeit vor. Davon werden selbstredend alle Gewerbe betroffen, die mit dem Baugewerbe zusammenhängen, wie Ziegeleien, Bautischlereien, Bauklempnereien und Schlossereien, die Fabrikation von Zement- und Zementwaren, die Installation elektrischer Anlagen und Heizungsanlagen und anderes mehr.

Der Kohlenbergbau, die Holzessen- und Stahlindustrie waren in letzter Zeit ammal beschäftigt, in Fertigprodukten machte sich jedoch ein Nachlassen der Aufträge fühlbar. Dasselbe gilt für den Maschinenbau.

Ungünstig war der Geschäftsgang in der Textilindustrie, die Badefashion, die sonst eine Reihe von Arbeitskräften anzieht, war infolge des Regenerwetters im Monat Juni und Juli nicht in der Lage, Einfluß auf ein Sinken der Arbeitslosen-ziffern auszuüben. Das Reichsarbeitsblatt berichtet, daß die Zahl der bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen in Beschäftigung stehenden Mitglieder am 1. Juli um 39 611 geringer war als am 1. Juni. In dieser Abnahme war das männliche Geschlecht mit 16 992, das weibliche mit 22 619 Personen beteiligt. Im gleichen Monat des Vorjahres beschäftigte sich die Abnahme auf 24 005 Personen. Die wesentlich höhere Zahl des Abgangs zeigt, daß die Beschäftigungsgelagenheit geringer geworden ist.

Gegenüber dem Jahresbeginn ist, wenn der Bestand am 1. Januar gleich 100 angenommen wird, der Beschäftigungsgrad im Verhältnis zum Sommer bei den männlichen Personen von 105 auf 104 und bei den weiblichen Personen von 102 auf 100 gesunken.

Die eingetretene Verschlechterung zeigt sich auch in der Verminderung der Arbeitsnachweise. Der Nachtrag war im Monat Juni, für den Zahlen vorliegen, erheblich höher. Bei der Gesamtzahl der an das Reichsarbeitsblatt berichtenden Arbeitsnachweise kammer im Berichtsmontat für männliche Personen auf je 100 offene Stellen 168 Arbeitsnachweise gegen 165 im Mai 1913 und 166 im Vergleichsmontat des Vorjahres. Für weibliche Personen entfallen bei den ermittelten Gesamtzahlen auf 100 offene Stellen 101 Arbeitsnachweise gegen 109 im Sommer und 101 im Vorjahr. Bei den weiblichen Personen ist das Verhältnis in den Vergleichsperioden also ziemlich gleich geblieben, für die männlichen Personen ist die Verschlechterung ganz bemerkenswerter Art. Für Bäcker und Konditoren wurden bei den Arbeitsnachweisen, die sich mit der Vermittlung dieser Berufe befassen und für das Reichsarbeitsblatt berichtet, im Monat Juni 10 443 Arbeitsnachweise, 7996 offene Stellen und 7229 Vermittlungen gemeldet. Auf je 100 offene Stellen entfielen 131 Arbeitsnachweise gegen 137 im gleichen Monat des Vorjahres und 137 im Mai dieses Jahres.

Die sich die Vermittlungstätigkeit für Bäcker und Konditoren in den einzelnen Bundesgebieten gestalten ist folgender Aufstellung zu entnehmen:

Landesgebiete	Zahl der			Auf jede offene Stelle entfallende Arbeitsnachweise		
	Arbeitsnachweise	offene Stellen	Verhältnisse	im Mai	im Juni	im Juli
Provinz Ost- und Westpreußen	26	25	14	1,00	1,26	1,23
Provinz Brandenburg	3320	2897	2765	1,18	1,14	1,17
Provinz Hannover	129	110	102	1,17	1,55	1,83
Hessen	38	35	29	1,09	0,91	1,16
Schlesien	351	213	211	1,61	1,33	1,24
Sachsen	218	170	154	1,28	1,27	1,23
Schleswig-Holstein	110	52	48	2,11	1,40	2,79
Hannover	135	157	129	1,25	1,64	1,18
Westfalen	402	190	142	2,11	2,03	2,22
Hessen-Nassau	193	73	70	2,51	2,18	2,46
Rheinland	218	133	93	1,64	2,38	2,21
Königreich Bayern	893	545	512	1,64	0,98	1,02
Sachsen	933	795	788	1,17	1,23	1,23
Württemberg	457	464	343	1,00	0,97	1,17
Großherzogtum Baden	759	402	358	1,88	1,96	2,01
Hessen	206	103	85	2,00	5,83	5,30
Modere Bundesstaaten	12	26	21	1,61	4,00	1,88
Staat Hamburg	1732	1243	1237	1,39	0,59	1,42
Elbsaß-Lothringen	222	249	130	0,87	1,58	1,83

Was den Gesamtzahlen geht hervor, daß sich die Arbeitslage für Bäcker und Konditoren gegenüber dem Vorjahre nicht merklich verschlechtert hat. Für alle Landesgebiete trifft das nicht zu, wenn wir Schlüsse aus den Verhältniszahlen dieser Tabelle ziehen. Relativ weniger Arbeitsnachweise wurden gemeldet in Ost- und Westpreußen, Hannover, Rheinland, Königreich Sachsen, in Baden, Hessen und in Elbsaß-Lothringen. Weit stärker war der Andrang von Arbeitsnachweisenden in Schlesien (Breslau), Schleswig-Holstein und in Hamburg. Bezüglich des größeren oder geringeren Andranges von Arbeitsnachweisenden gegenüber dem Sommer wird auf obige Tabelle verwiesen. Die Berichte der Arbeitsnachweise über die Arbeitslage lauten nicht besonders tröstlich, von vielen Seiten wird über flauen Geschäftsgang berichtet. Auch die Berichte der Industrie sind in pessimistischem Sinne gehalten.

Nach den Berichten über Metz, Bismarck und Waffelfabrikation war der Beschäftigungsgrad mäßig, teilweise ungenügend. Die Händler klagen über schlechtes Geschäft. Auch in der Schokoladen- und Zuckergewerbeindustrie machte sich eine kleine Spannung bemerkbar, doch berichtet die Vereinigung deutscher Zuckerwaren- und Schokoladenfabrikanten, daß der Beschäftigungsgrad befriedigend zu nennen sei. Im zuckergewerblichen Industriegebiet soll sogar Mangel an Arbeitskräften vorhanden gewesen sein.

Es hat es sich wahrscheinlich um schlecht entlohnte Arbeit gehandelt, zu annehmbaren Löhnen finden Leute genug zur Verfügung. Die Verarmung wird bestätigt durch den Umstand, daß besonders „jugendliche Kräfte“ gefehlt haben. In der Zuckerwarenindustrie ist die Devise: „Billig!“ Billig ist aber meist gleichbedeutend mit niedriger Löhnen der Arbeiter.

Kampfschrittung in Konditorbetrieben

In der Augustausgabe der Galleischen Verbandszeitung führt ein Lübecker Kollege eine scharfe Sprache gegen die bestehenden Zustände in den Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gehilfen. Diese Sprache ist man sonst in dem unter Ausspaltung der Öffentlichkeit erscheinenden Blättern nicht gewohnt. Wir freuen uns, daß ein Nationaldeutscher die Courage findet, gegen den Stachel der mitleidenschaftlichen Kreditoren zu losen und bringen die Arbeit zum Ablauf. Die Notiz lautet:

Wie die Angehörigen jedes Berufes, so haben wir Konditorgehilfen uns zusammengeschlossen, um uns ein handes-gemäßes Dasein zu erringen. Dies kann meiner Ansicht nach nur durch Selbsthilfe geschehen. Das Ziel der Selbsthilfe soll und muß immer sein die Erhöhung der eigenen Leistungsfähigkeit, so daß die Fremdhilfe, auf die wir Konditorgehilfen ohnehin nicht zu rechnen haben, immer mehr entbehrlich wird. Dazu gehört selbstverständlich eine Kraft, und diese ist in einer Berufsorganisation nur ein fester und einseitlicher Zusammenschluß, hierdurch können alle Schäden und Uebelstände beseitigt und diejenigen Einrichtungen geschaffen werden, die ein jeder für sein Kulturleben braucht, aber sich allein nicht erkämpfen kann. Eine Organisation muß unabhängig sein von allem, denn durch Abhängigkeit werden ihre Bestrebungen geschwächt und ist deshalb verwerflich und verwerflich. Eine derartige Fremdhilfe ist ein Unwille auf Kosten anderer. Warum wurde denn nicht von dem Verband selbständiger Konditoren beschlossen, den freien Nachmittag müsse jeder genießen, andernfalls eine Strafe festgelegt würde? Aber hier wurde es fast einstimmig beschlossen und von den Gehilfen mit einem lebhaften Bravo aufgenommen. Die Restaurationen werden mir ja bald wieder hören. Derartige Vergünstigungen von Seiten unserer Herren Krüppel können nicht im Interesse des Gehilfenstandes sein. Wir müssen derartige Beschlässe ablehnen, denn hierdurch kommen nur Herren unter die Gehilfen und kann von einer Energie und Leistungsfähigkeit keine Rede sein, denn sie zeigen nur den Arbeitslosen, an dem die Konditorgehilfen leiden. Da es bei uns Konditorgehilfen nicht so ist, wie schon oft gesagt wurde, wenn Selbsthilfe versagt, jetzt Staatshilfe einzu-müssen wir sogar und danach streben, daß die Selbsthilfe nicht versagen kann und dies ist nur durch eine einseitige und feste Organisation möglich. Wacker sagt vielmehr, daß, wenn Staatshilfe schon versagt, es schon nicht so schlecht sein wird. Ich möchte nur auf den Artikel betriebs der Galleischer Konditorzeitung in der „Krieger Zeitung“ aufmerksam machen, in welchem der Empfang des Herrn Keimer so ausführlich geschildert wird, doch nichts von seiner berechtigten Not (auch morgens belegtes Brot) und des idealen Sinns. War es Herr Keimer denn wirklich vergönnt, zu waschen oder hat Herr Keimer gleich ge-

sagt, daß es sehr feuergefährlich ist? Ich bin der Meinung, daß hier Staatshilfe nicht versagt hätte, doch Herr Keimer wird wie die meisten Konditorgehilfen gewesen sein und dachte über sein Schicksal gar nicht weiter nach. Es ist doch eine Tatsache, daß die Konditorgehilfen dahin gedrückt werden, wo ein richtiger Kulturmenschen nicht hingehört respektive hingehört. Doch der Konditorgehilfe kennt das eben nicht anders und viele Krüppel werden nicht daran zweifeln, daß wo ihre Gehilfen wohnen und schlafen, kein Kulturmenschen hingehört. Deshalb ist es Pflicht jedes einzelnen Konditorgehilfen, sich dagegen zu wehren und sich dem Nationaldeutschen Konditorgehilfenverband anzuschließen, denn jede Spaltung ist eine Wunde, die nicht zu heilen ist. Selbsthilfe muß die Lösung sein!

Bis auf den Schlußsatz können wir jedes Wort unterschreiben, weil es Tatsachen sind, die hier kurz geschildert werden. Der Lübecker Kollege scheint aber, trotz allen trübenden Erfahrungen, die von den Kollegen im nationaldeutschen Verband mit jenem Vorposten gefammelt wurden, noch nicht den Glauben an dieses Organisationsverfahren zu haben. Er wird aber mit dem richtigen Glauben, welche seiner Meinung sind, noch nicht recht lange warten müssen, bis der Verband die Kraft besitzt, gegen die bestehenden Zustände vorgehen zu können. Bei dieser dürftigen Mitgliederzahl und dem höchst sonderbaren Ansichten der Vorposten werden wir nicht erleben, daß der Galleische Verband zur Besserung der Gehilfenlage beitragen wird. Was hilft das Mundstücken, wenn die Führer Angst vor dem Feiern haben? Die Konditorgehilfen werden nicht eher die bestehenden tieftraurigen Zustände aus der Welt schaffen, als sie nicht den Wert der gewerkschaftlichen Organisation erkannt haben. Eine gewerkschaftliche Organisation ist aber der Galleische Verband nicht. Schon das Verhalten seines Vorposten, der im Jahresspazier der Reichsverbander jagelt, läßt kein Vertrauen bei den Kollegen ankommen, daß er ihnen das Heil bringen wird. Will der Lübecker Kollege und alle, die mit seinen Ansichten sympathisieren, die Wünsche verwirklichen, dann müssen sie der größten gewerkschaftlichen Organisation angehören, und das ist der Zentralverband.



Verbandsnachrichten

Schleunigung des Verbandsvorstandes

Auf Antrag der Mitglieder in Frankfurt wurden wegen Streikdrohung aus dem Verbands ausgeschlossen Max Herzig (Dach-Nr. 21768), Georg Mehl (Kartensommer).

Nachträglich sind von der Abstimmung der Mitglieder in der Vertragsregulierung noch folgende Stimmgatteln eingegangen:

Frankfurt a. M. 12 mit Ja, 12 mit Nein, 4 Enthaltungen
Halle a. S. 4
Königsberg i. Pr. 20

Diese Abstimmungsergebnisse konnten, weil zu spät eingegangen, in der heute veröffentlichten Zusammenfassung keine Aufnahme mehr finden, ändern auch nichts an dem Resultat der Abstimmung.

Wir wollen nochmals darauf hinweisen, daß nach dem Beschlusse des Verbandstages im Monat August jedes Mitglied den fälligen Streikbeitrag in derselben Höhe zahlen muß, wie es sonst seine Wochenbeiträge entrichtet. Jedes Mitglied hat also im Monat August fünf Wochenbeiträge zu bezahlen und werden diese fünf Markten nebeneinander in die Rubrik August im Mitgliedsbuch oder in der Mitgliedskarte geklebt.

Die Kassierer, Bezirks- und Bezirkstaktierer wollen darauf achten, daß dieser Beschluß des Verbandstages korrekt durchgeführt wird.

Der Verbandsvorstand.
F. R. O. Kilmann, Vorsitzender.

Drittung

Vom 4. bis zum 9. August gingen bei der Hauptversammlung des Verbandes folgende Beträge ein:
Für Juli: Würzburg M. 176,11, Halberstadt 97,09, Siedel 49,97, Gagen 11,15, Markredwitz 40,92, Berlin 11 743,16, Offen 597,67, Cottbus 41,10, Hannover 1075,10, Gelsenkirchen 29,95, Bielefeld 38,56, Dresden 2389,48, Oberfeld 465,15, Eifenach 79,64, Bremen 1057,14, Gera 194,05, Saarlautern 187,40, Kiel 659,65, Vegesack 58,70, Weiskamp 57,37, Freiburg 88,78, Dessau 71,48, Dortmund 294,48, Gerdorf 695,86, Hamburg u. d. H. 21, Hamburg 5102,49, Halle 442,97, Königsberg 97,35, Galle 890,02, Jena 94,50, Siedel 442,06, Hensberg 352,30, Bochum 65,56, Langenwilde 48,94, Solingen 147,97, Stuttgart 622,56, Mühlhausen 100,60, Bad Nöthen 106,78, München 2215,89.
Von Einzelzahlern der Hauptklasse: A. A. Hise M. 6, A. Sch. Bevenien 3, J. Th. Hohenbach 10, A. G. Hohenbach a. d. Gans 3, A. Sch. Grabow 44, J. R. Hohenbach i. S. 7,50, J. R. Pappenberg 3, E. Hohenbach 3, A. Sch. Tempel 5, W. H. Gollwitzer 19.
Für Abonnements und Annoncen: Würzburg M. 3, Markredwitz 6, Cottbus 3, G. H. Geringfeld 6, für „Geschichte der Bäcker- und Konditorbewegung“: Jena M. 6, Hensberg 2.
Der Hauptkassierer, A. Freitag.

Sterbefall

Nomburg v. d. H. Hugo Kupff, Metzger, gestorben am 23. Juli.

Ehre seinem Andenken!

Schülerbewegungen und Streiks

(Die Schülerbewegungen sind im Zusammenhang mit den Streiks zu sehen, die in den Schulen stattfinden.)

Bader

Die Schülerbewegung in Erfurt. Die Erfurter Schülerbewegung gegen die Tarifbewegung nach dem Sommer...

Einem glatten Verlauf erfreuen die Vertreter der Tarifbewegung mit einer gemeinschaftlichen Versammlung...

Die Tarifbewegung bildet eine recht umfangreiche Zusammenfassung zwischen den Vertretern der Junge...

Die Schülerbewegung in Erfurt. Die Erfurter Schülerbewegung gegen die Tarifbewegung nach dem Sommer...

Schülerbewegungen

Schülerbewegungen in Erfurt

Auch die ganze Organisationsbewegung ist in der Tat...

Veranstaltung

Freitag den 2. August 1913. Nachmittags 5 Uhr im Saal...

Einigung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen getroffen worden.

1. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit entspricht der Arbeitsordnung...

2. Löhne. Der Mindestlohn beträgt für männliche Arbeiter...

3. Überstunden. Überstunden sind möglichst zu vermeiden...

4. Ferien. Sämtliche verheirateten Arbeiter und Arbeiterinnen...

5. Tarifvertrag. Die Tarifverträge treten mit dem Tage...

6. Tarifvertrag. Die Tarifverträge treten mit dem Tage...

7. Tarifvertrag. Die Tarifverträge treten mit dem Tage...

8. Tarifvertrag. Die Tarifverträge treten mit dem Tage...

9. Tarifvertrag. Die Tarifverträge treten mit dem Tage...

10. Tarifvertrag. Die Tarifverträge treten mit dem Tage...

11. Tarifvertrag. Die Tarifverträge treten mit dem Tage...

12. Tarifvertrag. Die Tarifverträge treten mit dem Tage...

13. Tarifvertrag. Die Tarifverträge treten mit dem Tage...

14. Tarifvertrag. Die Tarifverträge treten mit dem Tage...

15. Tarifvertrag. Die Tarifverträge treten mit dem Tage...

16. Tarifvertrag. Die Tarifverträge treten mit dem Tage...

17. Tarifvertrag. Die Tarifverträge treten mit dem Tage...

18. Tarifvertrag. Die Tarifverträge treten mit dem Tage...

19. Tarifvertrag. Die Tarifverträge treten mit dem Tage...

20. Tarifvertrag. Die Tarifverträge treten mit dem Tage...

21. Tarifvertrag. Die Tarifverträge treten mit dem Tage...

22. Tarifvertrag. Die Tarifverträge treten mit dem Tage...

jedoch nicht loder und forderte in Nummer 1 vom 23. Januar...

1. Die Gewerkschaftsführer Giesberts, Stegerwald und Jambusch...

2. Die Katholiken Giesberts, Stegerwald und Jambusch...

3. Für die korrekte Haltung sind die katholischen Gewerkschaftsführer...

Auf diese unzweideutige Herausforderung zur Klage blieben...

Auf den Ausgang der Klage sind wir gespannt. Sowie...

Die papstliche Weisungen haben sich in ihrer Wirkung...

Protest der Stuttgarter Metzler. Die Ausführungen...

Die Schülerbewegungen in Erfurt. Die Erfurter Schülerbewegung...

Die Schülerbewegungen in Erfurt. Die Erfurter Schülerbewegung...

Die Schülerbewegungen in Erfurt. Die Erfurter Schülerbewegung...

Die Schülerbewegungen in Erfurt. Die Erfurter Schülerbewegung...

Die Schülerbewegungen in Erfurt. Die Erfurter Schülerbewegung...

Die Schülerbewegungen in Erfurt. Die Erfurter Schülerbewegung...

Die Schülerbewegungen in Erfurt. Die Erfurter Schülerbewegung...

Die Schülerbewegungen in Erfurt. Die Erfurter Schülerbewegung...

Die Schülerbewegungen in Erfurt. Die Erfurter Schülerbewegung...

Die Schülerbewegungen in Erfurt. Die Erfurter Schülerbewegung...

Die Schülerbewegungen in Erfurt. Die Erfurter Schülerbewegung...

Die Schülerbewegungen in Erfurt. Die Erfurter Schülerbewegung...

Die Schülerbewegungen in Erfurt. Die Erfurter Schülerbewegung...

Die Schülerbewegungen in Erfurt. Die Erfurter Schülerbewegung...

Gewerkschaftliche Kundschaun

Der Transportarbeiterverband im Jahre 1912. Seit dem Zusammenschluß der Verbände der Gasenarbeiter, Seelenie und Transportarbeiter waren am 31. Dezember 1912 zweieinhalb Jahre verflossen...

Die Lohnkämpfe waren in der Berichtsperiode sehr umfangreich. Bewegungen mit Arbeitsentlassungen wurden 25 ohne Arbeitsentlassung 18 und Ansperrungen 10 erledigt...

monatliches Entgelt von 4.450 vom morgens 5 Uhr ab. Wöchentlich austrug und nachdem er für vor 7 Uhr mit dieser Beschäftigung fertig geworden, wurde bereits für den ganzen Tag auch noch die Schule besucht...

ist eine Zwangsinnung gesetzlich berechtigt, bei Lohnkämpfen im Interesse ihrer Mitglieder tätig einzutreten? Bei den letzten Lohnkämpfen der Fleischer...

Am 22. Juni tagte in Budapest die Generalversammlung, die von 26 Delegierten aus 23 Städten besucht war. Die Bäckerarbeiter und Gebäckausrunder entsandten mit 2750 Mitgliedern 19 Delegierte...

Wirtschaftliche Kundschaun

In einigen Abhandlungen haben wir auf die Vorgänge im Wirtschaftsleben der letzten Zeit verwiesen. Die Untersuchungen zeigen mit aller Deutlichkeit übereinstimmend das Umsichgreifen der Depression...

Die Lage des Arbeitsmarktes soll nach dem „Reichsarbeitsblatt“ im Mai im allgemeinen befriedigend gewesen sein. Davon ist aber keine Rede, wenn in Betracht gezogen wird, daß in sämtlichen berichteten Arbeitsnachweiser auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 166 Arbeitsgesuche gegen 160 im Vormonat...

Sichere Aufschlüsse über den Stand der Wirtschaftskonjunktur gewinnen wir auch von der Einnahme aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen. Sie betragen im Mai 165,494 Millionen Mark, demnach um 7.486.213 weniger als im Vormonat...

Table with 5 columns: Einjahr, Wert Mill. Mark, Anst. Wert Mill. Mark. Rows for years 1909, 1910, 1911, 1912, 1913.

Wir können feststellen, daß seit 1909, dem Schlusse der Wirtschaftskrise, ein starker Aufschwung des Selbsthandels eingetreten ist. Um so mehr wird es verständlich, welche Verheerung die Depression im Wirtschaftsleben anrichten wird...

Die Geldmarktsverhältnisse sind andauernd ungünstig. Die Unternehmenslust ist stark abgeklaut. Wenn auch im Mai eine kleine Besserung an Neugründungen und Kapitalerhöhungen bei den Aktienunternehmungen eingetreten ist...

Dem wirtschaftlichen Niedergang sieht das hohe Anhalten der hohen Lebensmittelpreise gegenüber. Für den Nahrungsmittelaufwand einer vierköpfigen Familie waren im Berichtsmonat wöchentlich 25,43 Mark nötig...

Der Verband hatte im Jahre 1912 insgesamt 1046 Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen zu führen, die sich auf 229 Orte und zwei Stammgebiete erstreckten. Beteiligt waren daran 4994 Betriebe mit 126.101 Beschäftigten...

In Lohnerhöhungen sind für 70.144 Beteiligte durchschnittlich pro Woche und Beteiligten 2,57 oder 133,64 im Jahre erreicht worden. Dazu kommt, daß durch das Eingreifen der Organisation außerordentliche Lohnerhöhungen im Gesamtbetrage von 1.037.781,24 erreicht worden sind...

Die Unternehmungskleistungen des Verbandes sind recht erhebliche. In 1564 Fällen hat der Verband seinen Mitgliedern Rechtschutz gewährt und dafür 50.015 ausgegeben. Die Arbeitslosenunterstützung erforderte die Summe von 1.480.988...

Beendeter Streik und Boykott. Der seit neun Wochen währende Streik bei der Rühlensfirma Lehnfischer-Siegmann in Köln-Deutz wurde durch Vergleichsverhandlungen beigelegt...

Beendeter Boykott. Der Streik in der Fichorienfabrik J. G. Weiss in Frauendorf bei Stuttgart ist nach vierzehntägiger Dauer beigelegt worden. Den Vertretern der streikenden Arbeiter ist es gelungen, die aufgestellten Forderungen zum größten Teile durchzusetzen...

Der außerordentliche Verbandstag der Metallarbeiter fand am 8. und 9. August in Berlin statt. Als alleiniger Tagesordnungspunkt verblieb der Streik der Metallarbeiter, nachdem ein Antrag auf Statutenänderung abgelehnt wurde...

Die außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärt nach den Ausführungen des Vorstandes und der Kollegen aus den Werkstätten, in denen die Arbeit ohne Genehmigung des Vorstandes niedergelegt worden ist, daß dieses Vorgehen nicht in Einklang zu bringen sei mit den Grundgesetzen gewerkschaftlicher Politik und Disziplin...

Internationales

Konferenz der Schweizer Bäcker und Konditoren. Das Agitationskomitee der Bäcker und Konditoren vom Lebens- und Genussmittel-Industriearbeiterverband beruft auf den 21. September nach Zürich eine Konferenz ein. Einladungen sind außer an die Sektionen des Verbandes auch an alle Gehilfenvereine ergangen...

Der ungarische Lebensmittelarbeiterverband im Jahre 1911/12. Unsere ungarischen Kollegen hatten in den letzten Jahren einen schweren Kampf nicht allein gegen das Unternehmertum zu führen, sondern auch gegen die ultrareaktionäre Regierung. Es gereicht uns daher zur besonderen Freude, nun erfahren zu müssen, daß trotz allen Schikanen und Verfolgungen die Organisation der Lebensmittelarbeiterverband gestärkt aus diesem Kampfe gegen die Ausbeuter und die Reaktion hervorgegangen ist...

Die Mitgliederbewegung gestaltet sich folgendermaßen: Bestand am Jahresende 1911 2819 Mitglieder, davon in Budapest 1855. Am Jahresende 1912 waren 3092 Mitglieder, darunter 1708 in Budapest vorhanden. An Wochenbeiträgen wurden umgesetzt 1911 89.316 Beiträge, 1912 94.819 Beiträge, demnach ein Mehr von 5503 Beiträgen. Für Unterstützung wurden Kr. 16.554 im Jahre 1912 aufbewahrt. Die Gesamteinnahmen betragen 1911 Kr. 35.931, 1912 Kr. 45.962; die Gesamtausgaben in den beiden Jahren Kr. 79.664. In 306 Fällen mußte Rechtschutz erteilt werden.

Der Vorstand wird beauftragt, nach Aufnahme der Arbeit erneute Verhandlungen nachzusuchen und den Beteiligten vom Tage des Beginnes des Streiks bis zur Wiederaufnahme der Arbeit Streikunterstützung zu zahlen sowie auch diejenigen Kollegen zu unterstützen, die nicht sofort wieder eingestellt werden.

Eine von den Hamburger und andern Delegierten eingebrachte Resolution, welche besagte, daß der Vorstand im Recht sei, und wünscht, daß der Streik anerkannt und von der Organisation durchgeführt werden sollte, wurde mit 78 gegen 67 Stimmen abgelehnt. Zweifelslos wurde die Stellungnahme der Generalversammlung durch die Tatsache beeinflusst, daß die Unternehmer bei Weiterführung des Streiks eine allgemeine Aussperrung angeordnet hätten.

Für die Arbeiterinnen

Was müssen unsere Frauen und Mädchen von der Reichsversicherungsordnung wissen?

II.

Es ist in unserem vorigen Artikel wurde schon auf die Bedeutung des Wortes „Grundlohn“ hingewiesen. Die Reichsversicherungsordnung bestimmt, daß die barren Leistungen der Ortskrankenkassen nach dem Grundlohn berechnet werden. Dieser wird in den Kassensatzungen festgelegt. Seine Höhe bestimmt der Vorstand, nachdem sich vorher die Ausschussmitglieder darüber beraten haben; jedoch muß zu deren Vorschlägen das Oberversicherungsamt die Zustimmung geben.

Als ein Beispiel der Berechnung sei hier der Entwurf einer größeren nährlichen Krankenkasse angeführt. Dieser hat die Kassensatzungen eingeteilt in:

Table with 3 columns: Lohnklasse, Beitrag pro Woche, % vom Grundlohn. Rows 1-7 showing wage classes from 'weniger als 1,25' to 'mehr als 4,50'.

Dieser Entwurf zeigt die zu vierzehn Stufen eine regelmäßige Steigerung des Lebensbedienstes um 50 % in der fünften oder um 75 %, in der sechsten um 100 %, in der siebten um 125 %, in der achten um 150 %, in der neunten um 175 %, in der zehnten um 200 %.

Table with 3 columns: Lohnklasse, Beitrag pro Woche, % vom Grundlohn. Rows 1-10 showing wage classes from 'bis 1,25' to 'mehr als 5,25'.

Wählen wir zur Erläuterung als eine Arbeiterin aber ein Jungmädchen welches 3,75 Mark verdient. Sie gehört dann nach dem ersten unteren hohen Entwurf in die Klasse V und erhält im Krankheitsfall 4,125 Mark täglich oder 4,125 Mark wöchentliches Krankengeld. Nach dem zweiten unteren Entwurf aber gelangen sie in die Klasse VI und erhalten dann 4,125 Mark tägliches oder 4,125 Mark wöchentliches Krankengeld. Je mehr Lohnklassen also das Gesetz enthält, desto vorteilhafter ist es für die Mitglieder.

Nach dem Grundlohn bestimmt sich auch die Höhe der Krankheitsbeiträge. Wählen wir es, wie oben schon, ein Jungmädchen, dessen Lohn 3,75 Mark beträgt. Bei der Berechnung des Krankheitsbeitrags ist die Lohnklasse die maßgebend ist. Bei dem ersten Entwurf mit 10 Klassen beträgt der Beitrag pro Tag 14,4 Mark wöchentlich oder 51,4 Mark monatlich. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, ein Drittel der Krankheitsbeiträge zu zahlen, auf den Versicherten kommen zwei Drittel.

Der Grundlohn ist immer wichtiger nach Bedeutung, weil er sich nach ihm die Jubiläumrente berechnet. Die Jubiläumrente hat folgende fünf Stufen nach dem Grundlohn:

Table with 3 columns: Lohnklasse, Jahreslohn, Beitrag pro Woche. Rows 1-5 showing wage classes from 'bis 850' to '1150 - 2000'.

Bei der Jubiläumrentenversicherung hat der Arbeitgeber gesetzlich die Hälfte der Beiträge zu zahlen. Je höher die Beiträge sind und je mehr entrichtet sind, desto höher gestaltet sich die Jubiläumrente. Die Höhe der Beiträge aber gestaltet sich nicht nach dem tatsächlichen Arbeitsverdienst, sondern nach dem Dreihundertfachen derjenigen Lohnklasse, der man als Mitglied in der Krankenkasse zugehört ist.

Beispielweise: Gehört man einer Lohnklasse an, die als Grundlohn 4,350 vorseht, so wird dieser Grundlohn mit 300 multipliziert — Resultat ist 13050. Der betreffende Jubiläumrentenbeitrag beträgt also (siehe das Schema der Jubiläumrentenversicherung) in die Klasse IV der Jubiläumrentenversicherung mit einem Jahreslohn von 4,850 bis 4,1150 und es entfällt auf ihn (siehe wieder das Schema) ein Beitrag von 40 % pro Woche.

Ferner berechnet sich nach dem Grundlohn noch der Unfallzuschlag für Unfallverletzte, der von der fünften Woche der Krankheit an gezahlt wird. — Also eine ganze Reihe wichtiger Folgerungen, die sich aus der Grundlohnnormierung, wie die Krankenkassen sie vornehmen, ergeben, und man sieht, wie wertvoll es ist, eine möglichst hohe Normierung der Grundlöhne durch die Krankenkassenvorstände zu erreichen.

Neben dem Grundlohn ist dann auch der „Ortslohn“ und der Jahresdurchschnittsberdienst erheblich. Darüber in einem weiteren Artikel.

Gewerkschaftliches

Das Gewerkschaftsmitglied hat außer dem bisher bestandenem Vernein noch anerkannt der Konsumverein Hameln a. d. Weser. Das sind nun insgesamt 193 tarifliche Vereine, die zusammen in ihren Bäckereien und Konditorien 2590 Arbeitskräfte beschäftigen.

Verpflichteter an der Arbeit. Der Gewerkschaftsmitglied des Verbandes westdeutscher („arbeitsloser“) Konsumvereine beschloß seinen Bezirk auf das Gebiet des ganzen Deutschen Reiches zu erweitern. Dazu bemerkt die Konsumgenossenschaft Hameln: „Der Verband westdeutscher Konsumvereine mit dem neuen Namen Reichsverband deutscher Konsumvereine“ geht also über seine bisherigen Grenzen hinaus, um dort das zu tun, was er bisher in Rheinland, Westfalen und Hessen tat. Er treibt Verpflegung der Arbeiter, die auch Verpflegung der Arbeiter bleibt, wenn das Mitgliederfeld des Verbandes ein größeres wird.“

Literarisches

Thomae-Verständlicher. Herausgeber Theodor Thomae. Preis der Nummer 20 %. Diese Heflein sind bisher bei der Nummer 109 erschienen. Die Nummer 102 bis 104 handeln von Weinbau und Weinbereitung. Herausgeber Dr. G. Rothgalle. 43 Abbildungen. Preis 60 %. Der Inhalt des Heftes am Weinbau hat, wird auch als Nachschmann eines Beitrags vom Weinbau und von der Weinbereitung bekannt. — Die Nummer 105 und 106 enthalten einen Vortrag von Dr. med. G. Sudo-Berlin über die Nervenschwäche. Es handelt sich darum, die Genese der Nervenschwäche und die Mittel und Wege zur Vorbeugung kennen zu lernen. Dazu ist das Heftlein gut. — Die wichtigsten Feuersprüche werden in der Nummer 107 bis 109 von Dr. H. Thiele-Hagenbach behandelt. Der Wert der Feuersprüche (Lein, Fett, Honig, Speis, Öl und andere) wird erörtert. Ferner auch der Wert und die weitere Behandlung der Feuersprüche. — Die Feuersprüche hat bekannter Weltanschaulicher. Die Feuersprüche sind für schon ihres billigen Preises wegen empfehlenswert.

Buchhändlerverband. Der deutsche Buchhändlerverband im Jahre 1912. 108 Seiten. Selbstverlag.
Verlagsbuchhändlerverband. Jahresbericht für das Jahr 1912. 118 Seiten. Selbstverlag.

Anzeigen

Herrn Kollegen Matthias Schmidt nicht
sowie Herr Dr. Lechner Leipzig
die herzlichsten Glückwünsche
zur Verlobung!
Ihrer
Josephine Kaiserlautern.

Herrn meine Kollegen Ellen Otto
die herzlichsten Glückwünsche zur Verlobung!
Ihre
Josephine Kaiserlautern.

Ab 15. Oktober erscheint monatlich einmal
Technik und Wirtschaftswesen
im Bäcker- und Konditorgewerbe
und in der Schokoladen-, Zuckerwaren- und Keksindustrie
Herausgegeben vom Zentralverband der Bäcker u. Konditoren Deutschlands
Es liegt im Interesse jedes Mitgliedes, diese neuwissenschaftliche Zeitschrift durch das nächste Postamt zu bestellen und für ihre Verbreitung in Kollegenkreisen eifrig zu wirken.
Der Bezugspreis beträgt pro Quartal 50 Pfennige und 6 Pfennige Bestellgeld. — Alle Funktionen der Organisation legen auf Wunsch die soeben zur Ausgabe gelangte Probenummer vor, geben weiteren Bescheid und vermitteln eventuell die Bestellung. Man frage also auf den Verbandsbureau oder bei den Vertrauensleuten nach.
„Technik und Wirtschaftswesen“
und veräume nicht, bis zum 20. September die Bestellung auszuführen, wenn man rechtzeitig in Besitz der ersten Nummer des ersten Jahrganges kommen will.
Redaktion und Verlag.

Glänzende Existenz
bietet sich einem tüchtigen Fachmann durch Errichtung einer
Konditorei
in einer Kreis- und Oasenstadt Bismarcks mit 25000 Einwohnern. Sehr geeignete Lokalitäten in günstiger Lage, wo Bedürfnis für Konditorei vorliegt, vorhanden. Gest. Offerten unter A. W. 35000 hauptpostlagernd Straßburg.

Jah offeriere, soweit der Vorrat reicht.
Frische grüne Angelika
pro 10 Pfund, inklusive Verpackung, 20 % gegen Nachnahme franko. Bestellungen sind sofortig gütig anzugeben.
Sigmund Popper, Weiningen.

Münchener Bäcker- und Konditorgehilfen
decken ihren Bedarf am besten bei
Gg. From, Schneidermeister, Walterstr. 19/0.
Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen
decken ihren Bedarf am besten bei
Hans Derfass, Schneidermeister, Hougasse 2, 1. Et., gegenüber dem Verbandlokal.

Berliner Bäcker! • Tanz-Unterricht!
Schönhäuser Allee 28 • Bäcker-Verkehr.
Sonntags 4 Uhr nachmittags, Mittwochs 8 Uhr abends.
Aufnahme täglich. Honorar billig. Tanzlehrer E. Schulz.

Mitgliederversammlungen.
(Wo nichts Besonderes vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Freitag, 17. August:
Besuch: 3 Uhr im „Lokal“, Amalienstr. 1. — Besuch: 3 Uhr im großen Kurfürsten, Schlachthofstr. 9. — Besuch: 3 Uhr bei Schömann, Ottilienstr. 15. — Besuch: Vorm. 9½ Uhr im „Hofstraßen“, Neustadt 444. — Besuch: 4 Uhr „Zur Glocke“, Güttenstr. 23. — Besuch: 3 Uhr bei Epton, König-Albert-Str. 43.

Freitag, 19. August:
Besuch: 3 Uhr im Gasthaus „Zur Post“, — Besuch: 3 Uhr bei Jacob Siemald, Große Ringergasse.

Mittwoch, 20. August:
Besuch: 4 Uhr „Zum wilden Mann“, Rosenthaler Str. (Fabrikstraße); 8 Uhr „Zum goldenen Kreuz“, Langenstr. 37; (Baker); 4 Uhr „Zum goldenen Kreuz“, Langenstr. 37. — Besuch (Konditoren): 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Fährstr. 24.

Freitag, 21. August:
Besuch: 4 Uhr „Zum wilden Mann“, Rosenthaler Str. (Fabrikstraße); 8 Uhr „Zum goldenen Kreuz“, Langenstr. 37; (Baker); 4 Uhr „Zum goldenen Kreuz“, Langenstr. 37. — Besuch (Konditoren): 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Fährstr. 24.

Freitag, 24. August:
Besuch: Beim Anschl. Ludwigstr. — Besuch: 4 Uhr bei Schömann, Langenstr. — Besuch: 1 Uhr „Deutsches Haus“. — Besuch: 4 Uhr bei Wedderhahn, Schömannstr. — Besuch: 3 Uhr im „Zur Glocke“.

Für die Redaktion verantwortlich: H. Sander, Hamburg, Osterstraßen 87. — Verlag von O. Wilmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Herber & Co. in Hamburg.